

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 154 SONNTAG, 24. Mai 1936

Aus dem Inhalt:

Gestapoarbeit in Prag
Abkehr von Deutschland?
Stinnes' Auferstehung
Nazis rekrutieren in Brasilien

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Im Kampfe gegen das braune System

Es wird etwas vorbereitet

Wo sind die Schwindelvorschläge vom 7. März?

Das braune System verhält sich still in den internationalen Angelegenheiten. Es ist nicht die Ruhe der Verlegenheit, sondern die betonte Gleichgültigkeit von Leuten, die einen schlechten Streich vorbereiten. Sie haben den anderen ein Spielzeug gegeben, mit dem die sich ernsthaft beschäftigen, während sie selbst in aller Ruhe ihre eigenen Vorbereitungen beenden.

Jedes Jahr kommt, so sicher wie der Frühling, ein neues Friedensangebot, ein neuer Plan Hitlers. Im vergangenen Jahre waren es seine Punktationen vom Mai, dieses Jahr ist es der Plan vom 7. März. Was ist aus den Punkten Hitlers vom Mai 1935 geworden? Sie führen ein verschwiegenes Leben in den Akten, und wer genau das letzte englische Blaubuch studiert, vermag ihre Spuren noch zu finden. Er findet sogar mehr: daß die Engländer diese für Europa unannehmbaren Punkte länger am Leben zu halten suchten, als dem braunen System recht war, und daß das System selber höchst unwirksam der Spielerei ein Ende machte. Heute beschäftigen sich die Engländer mit dem gleichen tödlichen Ernst mit Hitlers Vorschlägen vom 7. März 1936. Der lange Fragebogen, den sie in wochenlanger Arbeit aufgesetzt haben, ist die Ausstrahlung dieses tödlichen Ernstes, mit dem sie die Hitlerschen Flinten aufnehmen. Oder gebietet die Gerechtigkeit zu sagen, daß dieser tödliche Ernst ebenso eine Diplomatie des »als ob« ist, wie die heiligen Friedensschwüre Hitlers.

Aber wo sind denn heute die heiligen Friedensschwüre vom 7. März, die mit der friedfertigen Geste der Zerreißen des Locarno-Vertrages und des Einmarsches ins Rheinland begleitet worden sind? Tatbestand ist, daß selbst diese windigen Angebote heute schon nicht mehr gültig sind, daß sie ebenso gut zerrissen sind wie der Locarno-Vertrag. Das Spielzeug hat seine Schuldigkeit getan, das Spielzeug kann gehen. In der Diplomatie aber wird es noch so lange lebendig sein, bis eine neue Gewalttat nach dem Muster der Rheinlandbesetzung Gelegenheit zu — neuen Friedensvorschlägen Hitlers und damit zu einer Neueröffnung des diplomatischen Versteckspiels geben wird.

Die englische Politik ist heute in einer ähnlichen Lage wie nach dem Besuch Sir John Simons bei Hitler. Sie hat den Fragebogen überreichen lassen, seither hat eine einzige Besprechung über den Inhalt stattgefunden und was ist das Ergebnis? Hitler ist weniger bereit, als jemals zuvor, seine Politik gegenüber dem Völkerbund und den damit zusammenhängenden Fragen festzulegen, er ist noch weniger bereit, auf den von den Engländern so heiß ersehnten Luftpakt einzugehen. Dafür hat er den Engländern sehr deutlich zu verstehen gegeben, was er unter »Gleichberechtigung« versteht. Wenn ein Luftpakt abgeschlossen wurde zwischen den bisherigen Locarnomächten — wozu er aber nicht bereit ist — würde er auf die Grundlage der Luftrüstungsparität treten, wobei ihm aber die Konzession gemacht werden müßte, daß er unabhängig von der Verpflichtung zur Parität die Stärke der russischen Luftflotte in

Wir leben!

Demonstration Berliner Sozialdemokraten

Am 6. Mai ist in Berlin die frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Genossin Clara Bohm-Schuch gestorben. Aus Berlin wird uns über die Einäscherungsfeier geschrieben:

Am Abend des 12. Mai wurde im Krematorium Baumschulenweg unsere verstorbene Genossin Bohm-Schuch eingedäschert. Diese Feierstunde wurde zu einem erschütternden und aufrüttelnden Erlebnis zugleich. Schon lange vor der für die Einäscherung angesetzten Zeit bewegte sich ein ununterbrochener Menschenstrom vom Bahnhof Baumschulenweg zum Krematorium. Männer und Frauen, Greise und Jugendliche, viele im Schwarz der Trauerkleidung, noch mehr aber im Rock der Arbeit, sie alle kamen, um der unermüdeten Vorkämpferin für das Recht der Unterdrückten und Armen, der großen Idealistin, der Führerin der proletarischen Frauen den letzten Gruß zu erweisen.

Die Halle des Krematoriums faßte nur einen kleinen Teil dieses großen Gefolges der Kameraden und Gesinnungsgenossinnen. Weit über 5000 Berliner Sozialdemokraten füllten

den Platz vor dem Krematorium und verharrten in stummem Schweigen. Fast alle hielten in den Händen einen Strauß leuchtender Frühlingsblumen, aber der Weg zum Sarg war durch die Fülle der Menschen längst versperrt. Da ging plötzlich der Ruf durch die große Gemeinde: »Alle Blumen nach vorn«, und nun erhob sich über den Köpfen der Menschen eine Welle leuchtender Farben, bis sie in der weiten Halle verebte und den Sarg in ein Meer von Grün und Blüten versenkte. Es gab niemand, dem nicht in tiefster Ergriffenheit über diese Welle von Verehrung und Liebe das Herz stockte und die Augen feucht wurden.

In Deutschland ist das freie Wort verfolgt, verfehmt, gehaßt; auch angesichts des Todes. Hier war das Wort zu schwach, um dem Denken und Fühlen der Fünftausend Ausdruck zu geben. Hier sprach eine tausendköpfige Menschenmenge die eindrucksvollste Sprache, die jeden fühlenden Menschen ans Herz greift, die Sprache des schweigenden Daseins: Hier stehen wir, um dir zu danken. Hier stehen wir, um dir zu sagen, daß du dennoch nicht umsonst gelebt hast. Hier ste-

hen wir, um unseren gemeinsamen Idealen, die dich und uns tausendfach in Freud und Leid zusammenführten, die unwandelbare Treue zu geloben. Hier stehen wir in dem Gelöbniß, trotz alledem dein und unser Werk zu vollenden.

Als in der Halle der letzte Orgelklang verhallt, da suchen die Hände fast von selbst die Hand des Nachbarn, des Freundes und Gesinnungsgenossen, und hinter der Trauer um die Tote leuchtet das Feuer der neuen Gewißheit: Ihr Leben war nicht umsonst. Wir haben in Nacht und Finsternis den Kerzenschein an der Totenbahre überstrahlen sehen von der Morgenröte des neuen Tages. Und dieser neue Tag, er wird unser Tag sein.

So geleiteten wir Clara Bohm-Schuch zur Ruhe. Das letzte Geleit. Aber so wie ihr Leben ein Leben der Zuversicht und des Glaubens an den Sozialismus war, so offenbarte uns auch ihr Tod die unzerstörbare Kraft des sozialistischen Geistes und der sozialistischen Gesinnung. Fünftausend kamen in tiefer Trauer, und sie kehrten zurück mit neuer Hoffnung und Zuversicht.

Gestapo-Arbeit in Prag

Ein Wort an verantwortungslose Kritiker

Der tschechoslowakischen Polizei ist es gelungen, in Prag eine Filiale der Gestapo auszuheben, die eine besonders umfangreiche und intensive Tätigkeit entwickelt hatte. Dabei hat sich herausgestellt, daß der Portier der Sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe, ein gewisser Peter Ochmann, von der Gestapo bestochen war und für sie gearbeitet hatte.

Die Arbeiterorganisationen der Tschechoslowakischen Republik üben in hervorragender Weise Gastfreundschaft an ihren reichsdeutschen Genossen. Sie haben eine Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe geschaffen, die unter ihrer Leitung und Betreuung steht, und die in dem Helm der

Deutschen sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakischen Republik untergebracht ist. Aus Mitleid und Solidaritätsgefühl hatten die Gastgeber auch den oberösterreichischen Emigranten Peter Ochmann als Portier angestellt. Er hat ihnen ihre Wohltaten schlecht gedankt.

Sachlich und räumlich von der Sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe völlig getrennt ist die Sopade, das Büro des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In der Sopade konzentriert sich die ganze politische Arbeit. Die Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe dagegen ist eine Verwaltungsstelle, die mit der politischen Arbeit unmittelbar wenig zu tun hat. Sie hat im

Gegensatz zur Sopade einen sehr starken Parteienverkehr.

Daß die Gestapo auf die Zentralen der sozialdemokratischen Tätigkeit in Prag ihr besonderes Augenmerk richtet, versteht sich von selbst. Seit Jahr und Tag spielt sich daher auf Prager Boden ein unterirdischer Kampf ab, über den die Öffentlichkeit nur selten etwas erfährt. Von den beiden Angriffspunkten, die sich der Gestapo bieten, ist die Flüchtlingshilfe der weniger interessante, aber auch der leichter erreichbare. So sind unter den Tausenden von Personen, die seit dem Juni 1933 das Büro der Flüchtlingshilfe passierten, mehrere Dutzend als Spitzel festgestellt worden. Einer von

Rechnung ziehen dürfe. Wenn er Gleichberechtigung sagt, meint er seine eigene Ueberlegenheit. Vor einem Jahre hat er die Engländer überrascht mit der Eröffnung, daß er ebenso stark sei wie sie. In diesem Jahre versetzt er ihnen die bittere Pille, daß er von der deutschen Rüstungsüberlegenheit in der Luft nicht abzugehen gedenke.

Diese bittere Pille wird durch nichts verüßelt — ganz im Gegenteil! In der »Frankfurter Zeitung« vom 13. Mai wird dem englischen Selbstbewußtsein der folgende Stoß versetzt:

»Die Erwägung, ob England einen Prestigeverlust erlitten habe und in welchem Maße, überlassen wir den Engländern, die bekanntlich reichlichen Gebrauch von dieser Selbstuntersuchung machen. Wenn in einem Berliner Bericht der »Times« etwas gesagt wird, was nach dem Gegenteil aussieht, so halten wir das für einen Irrtum. Wir Deutsche wissen ganz genau: die Verlegenheit, in die England kam, war bis zu einem großen Teil unvermeidlich wegen der Genfer Automatik. Wenn aber der Korre-

spondent des Blattes hinzufügt: Da der Erfolg der Maßstab des Prestiges sei, so sei an hohen Stellen in Berlin nicht mehr das gleiche Streben vorhanden, »die britische Gunst zu gewinnen, so liegt hier noch ein größerer Irrtum« vor. Es hat sich für Deutschland auch bisher durchaus nicht darum gehandelt, die »britische Gunst« zu gewinnen, sondern es mußte uns — schon aus Selbstrespekt — genügen und wird uns weiter genügen, jenseits des Kanals einigermaßen in bezug auf Ziele und Motive verstanden zu werden!...

Allerdings, wir dachten und hofften, die englische Regierung werde Wert darauf legen, bei der Herstellung einer besseren europäischen Ordnung eine führende Rolle zu übernehmen. Englische Minister hatten das ja selbst in Aussicht gestellt — und schließlich hatte England so hohen Anteil an der bisherigen europäischen Entwicklung, an der Entwicklung zum Unerfreulichen, daß uns nun eine Führung im erfreulicheren Sinne geradezu als moralische Verpflichtung erschien. Der Geist, in dem dies geschieht, und der Ton (man denke an den Fragebogen!) müßte natürlich der Tat-

sache Rechnung tragen, daß nicht Deutschland, sondern England an den fatalen Genfer Erfahrungen mitbeteiligt, ja hauptbeteiligt und für sie verantwortlich ist.«

Das braune System hat seine Konsequenzen aus der Weltlage gezogen. Die Vorschläge vom 7. März sind bereits abgetan, so sehr, daß die braune Diplomatie und Propaganda kein Wort mehr über sie verliert. Die Sprache der Propaganda wandelt sich, an die Stelle scheinheiliger Beteuerungen der Friedfertigkeit tritt bereits die hochmütige Unverschämtheit. Man spürt, daß das System die Rheinlandbesetzung als wichtigste Etappe beurteilt und daß es nun mit Riesenschritten dem Punkt entgegensteht, wo die deutsche Rüstung in dem sich laufend ändernden Verhältnis zu der materiellen, psychologischen und diplomatischen Rüstung der anderen ein Optimum erreicht haben wird.

Je stiller sich das System in dieser Zeit verhält, um so verdächtiger ist es. Es wird wieder etwas vorbereitet!

Deutsche Streiflichter

Ihnen besaß sogar die Frechheit, der tschechoslowakischen Polizei seine Dienste anzubieten. Wäre sein Streich geglückt, so hätte auf einem Amtssessel des Prager Polizeipräsidentiums ein Vertrauensmann Görings und Himmlers Platz genommen!

Die Gestapo hat, so oft sie auch zurückgeschlagen wurde, immer neue Angriffe versucht, und schließlich hat sie im Falle der Flüchtlingshilfe auch einen Erfolg erreicht. Es ist ihr gelungen, sich durch Bestechung des genannten Ochmann in den Besitz von Akten zu setzen und sie zu fotografieren. Es handelt sich dabei zumeist um Fragebogen, auf denen Namen, Alter, Beruf usw. der Emigranten angegeben sind. Die Arbeit der Flüchtlingsfürsorge in Prag selbst hat an sich mit der illegalen Arbeit nichts zu tun. Von den bearbeiteten Flüchtlingsfällen sind ein außerordentlich hoher Prozentsatz überhaupt nicht in der illegalen Arbeit tätig gewesen und haben deshalb keinerlei Angaben über illegale Verbindungen machen können. Weit über 1000 Flüchtlinge wurden in den drei Jahren von der Sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe überhaupt abgelehnt, eine noch höhere Zahl sind nur kurze Zeit auf der Durchreise in der Tschechoslowakei gewesen. Die gewissenhafte und gründliche Prüfung jedes einzelnen Unterstützungsfalles durch die Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe hat die Gesamtimmigration davor geschützt, daß noch eine größere Zahl von Spitzeln Eingang in die Emigration fand.

Mit diesen Feststellungen soll keineswegs verkleinert werden, daß die Aktivität der Gestapo die Zentralen der sozialdemokratischen Tätigkeit in Prag vor immer ernstere und schwierigere Aufgaben stellt. Schon die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Flüchtlingsfürsorge Warnungen vor mehr als 200 Spitzeln, der Sozialdemokratische Parteivorstand vor mehr als 400 Spitzeln, erlassen hat, weist auf die Intensität der Gestapoarbeit hin. In diesem stillen Ringen setzt die Gestapo gewaltige Geldmittel und immer verfeinerte Methoden der Spionage ein. Der Fall Ochmann ist eine Lehre, daß jede illegale Arbeit sich immer aufs neue diesen Methoden anpassen muß, um ihnen entgegentreten zu können. Es ist selbstverständlich, daß sowohl der Sozialdemokratische Parteivorstand als auch die Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe diesen Fall zum Anlaß nehmen, um ihre Sicherungsmaßnahmen zu überprüfen und Schwächen abzustellen. Ihr erstes Augenmerk ist darauf gerichtet, aufzuheben, welchen Nutzen die Gestapo aus diesem Fall hat ziehen können und einer weiteren Ausbreitung entgegenzuwirken. Sie werden diese Aufgabe wie bisher mit einem Höchstmaß von Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Sache wie gegenüber gefährdeten Personen durchführen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Methoden wie die Einzelheiten des Falles nicht auf breitem Markte ausposaunt werden können.

Gegen diesen obersten Grundsatz aller illegalen Arbeit haben Kreise verstoßen, die diesen Unglücksfall aus richtungspolitischen Gründen zu unverantwortlichen Treibereien gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand und die illegale Arbeit in Deutschland ausgenutzt haben. In bürgerlichen Zeitungen, in der Partei fernstehenden Zeitschriften und in Gruppenveröffentlichungen sind Artikel erschienen, denen die Absicht der Panikmache an die Stirn geschrieben steht. Die gänzlich falschen, zum Teil wesentlich falschen Behauptungen in diesen Veröffentlichungen haben sich bis zu der Behauptung gesteigert, daß das gesamte illegale Organisationsnetz der Sozialdemokratischen Partei wie auf einer Generalstabekarte offen vor den Augen der Gestapo daliege. Das Ungeheuerliche dieser Behauptung ist jedem klar, der mit der illegalen Arbeit auch nur einigermaßen vertraut ist, und der den Unterschied zwischen einer politischen Zentrale und einer Flüchtlingshilfe begreift — und die Drahtzieher dieser Veröffentlichungen haben diese Kenntnisse. Diese künstliche Panikmache ist um so unverantwortlicher, als jede illegale arbeitende Gruppe oder Partei mit denselben Schwierigkeiten und dem gleichen Feind ringt wie die Sozialdemokratische Partei, und weil gerade die Gruppen, die am gewissenlosesten diese Ausschlichtung des Falles betreiben, relativ die größte Anzahl von Einbrüchen der Gestapo in ihre Arbeit und von Opfern zu verzeichnen haben. Mit ihren Treibereien wird nur Schaden angerichtet und nichts gebessert, um so mehr, da es nur die ungetrübte Freude der Gestapo erwecken würde, wenn wir den frivolen Behauptungen in der Öffentlichkeit organisatorische Tatsachen entgegensetzen würden.

Vor allem wird mit diesen Veröffentlichungen der Emigration am meisten geschadet. Das politische Asylrecht ist heute

Schauerhaftes Kapitel deutscher Geschichte

Monat um Monat verrinnt, und die seit über drei Jahren ohne Verfahren und ohne Urteil eingesperrten Sozialdemokraten und Kommunisten bleiben in Haft. Thälmann, Mierendorff, Schumaacher, Heilmann sind die bekanntesten Namen. Der oft angekündigte und dann wieder hinausgeschobene »Prozess Thälmann« liegt noch immer in ungewisser Zukunft. Neuerdings hat der Reichsjustizminister Dr. Frank vor der ausländischen Presse erklärt, man werde Thälmann als vierhundertfachen Massenmörder aburteilen. Damit werde eines der schauerhaftesten Kapitel deutscher Geschichte endlich abgeschlossen. Der oberste deutsche Rechtsritter kündigt also an, daß alle in den jahrelangen Zusammenstößen zwischen Rechts und Links gefallenen Nationalsozialisten intellektuell dem Kommunistenführer zur Last gelegt werden sollen. Es ist ja einer der schmierigsten Tricks der Naziführer, nur von ihren Blutopfern zu reden und das Heer der von ihnen Gemeuchelten zu übersehen. Führt Frank seine Absicht gegenüber Thälmann durch, so sollte man einen Gegenprozeß veranstalten, der vielleicht wirksamer werden würde als der gegen den Leipziger Brandstifterprozeß: die intellektuelle Urhebererschaft Hitlers an den Morden und Greuelthaten des letzten Jahrzehnts vor und nach der Machtergreifung! Es liegt nicht nur dokumentarisches Material in Fülle vor, sondern auch Zeugen für die Untaten leben hinreichend außerhalb der Reichsgrenzen, und zwar aus allen Lagern der antihitlerischen Opposition. So würde sich wohl zeigen, wer das schauerhafteste Kapitel in der deutschen Geschichte geschrieben hat, das leider noch keineswegs abgeschlossen ist.

Deutsches Recht und deutsche Richter

Seit einigen Wochen häufen sich die Prozesse gegen illegale Sozialdemokraten. In einigen Fällen hat sogar die deutsche Presse kurz über die selbstverständlich nichtöffentlichen Verhandlungen berichtet, ohne die Sozialdemokraten nach der üblichen Manier in »Kommunisten« zu verwandeln. In Stettin wurden über eine Anzahl Genossen Zuchthausstrafen bis zu vier und fünf Jahren verhängt. Gleichzeitig wurde entsprechend langer Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Am selben Tage stand ein Straßenträuber vor den Schranken. Er hatte eine Hausangestellte angesprochen, durch Liebes-

erklärungen ihr Vertrauen zu erwerben versucht, sie dann überfallen, geschlagen und gewürgt und ihr die Handtasche entrisen, aus der er dem Mädchen die Uhr und das Geld stahl. Der Bursche wurde zu fünf Monaten Gefängnis und keineswegs zu Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Die beiden Urteile kennzeichnen diesen Hitler und sein System. Jeder kriminelle Verbrecher ist in diese Gesellschaft über einzugliedern als ein aufrechter Sozialdemokrat. Jeder Räuber ist in diesem Staate eher zu ertragen als der Leser einer sozialdemokratischen Flugschrift. Der muß nicht nur für Jahre eingesperrt, er und seine Familie müssen auch geächtet werden. Um ihr Monatsgehalt geben sich deutsche Richter zu einer solchen Justiz her und machen sich durch ihre eigenen verbrecherischen Urteile zu Mitschuldigen einer verbrecherischen Regierung. Aber ihr elendes Tun wird ihnen unvergessen bleiben. Es wird eine Zeit kommen, in der die Angeklagten zu Klägern werden. Dann wird der Ehrverlust von heute zur höchsten Ehre, und es werden dann die Titel und Orden von jetzt zur größten Schande werden.

Pumpwirtschaft

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Reinhard pflegt in seinen Reden von den steigenden Einnahmen zu sprechen, nie aber Zahlen über die Lawine der Ausgaben zu nennen. Auch in Deutschland weiß man längst, daß die geborgt werden. Warum sollte also das erhabene Beispiel des Reichs nicht bei den Privatleuten Nachahmung finden? Die Industrie und Handelskammer in Köln weiß darüber zu klagen: »Im Einzelhandel haben sich in der letzten Zeit die Krediteinkäufe in erschreckendem Maße gemehrt. Insbesondere haben Angestellte, Arbeiter und Beamte, aber auch weite Kreise der in freien Berufen Stehenden sich verleiten lassen, Ware auf Kredit zu kaufen, und zwar häufig auch in solchen Fällen, in denen nicht etwa besondere Umstände dazu zwingen, notwendige Einkäufe auf Kredit zu machen... Es ergibt daher an alle Beteiligten die dringende Aufforderung, Krediteinkäufe und Kreditverkäufe auf das Maß des unbedingt Notwendigen zu beschränken und auf jeden Fall alles daran zu setzen, daß eine Ausweitung der Kreditgeschäfte im Einzelhandel und auch im Handwerk unter allen Umständen vermieden wird.«

Der Gauwirtschaftsberater und der Gauwähler der Deutschen Arbeitsfront haben sich diesem Aufruf »voll und ganz« angeschlossen. Er wird nichts daran ändern, daß die Krediteinkäufe noch weiter zunehmen, weil die fast

allgemeine Einkommensenkung und Abgabenerhöhung nicht erlaubt, größere Einkäufe gegen bar zu machen. Das gilt für viele, die früher sich geschämt hätten, ansprechen zu lassen. Es handelt sich nicht um »verleiten lassen«, sondern um einen wirtschaftlichen Uebelstand, der erste Spezialgeschäfte in Deutschland mit nur bürgerlicher Kundschaft zwingt, sich als Abzahlungsanstalten zu etablieren, wenn sie ihren Umsatz einigermaßen halten wollen.

Ein Grenzland im Wahlkampf

Zur belgischen Wahlbewegung haben sich in Eupen — Malmédy — St. Vith die »heimat-treuen Kräfte«, das heißt alle Nazis und Gleichgeschalteten zu einer gemeinsamen Front zusammengeschlossen. Die Sozialdemokraten machen da selbstverständlich nicht mit. Sie, die seit 1920 die verschleierte Annexion bekämpft und die vollen kulturellen Rechte der Deutschen verteidigt haben, sind nun natürlich auch in diesem Grenzland un-deutsch und Verräter am Volkstum, weil sie sich den Fiktionen der deutschen Diktatur nicht beugen, sondern die Ideale der Demokratie vertreten. Eupen — Malmédy — St. Vith ist eines der Gebiete, auf dem sich erkennen läßt, wie sehr der politische Einfluß Hitlerdeutschlands und seiner Gleichschaltung, auch seines Terrors über die Reichsgrenzen hinausgreift. In diesem »Neu-Belgien« gibt es Städte und Dörfer, die sich in ihrem Nazitum kaum noch von Hitlerdeutschland unterscheiden. Es ist ein Gipfelpunkt der Frechheit, daß diese Nazis sich über Unterdrückung durch die belgischen Behörden beklagen, obwohl sie in ihrer Agitation, ja in ihrer Hetze auch nicht im Geringsten behindert werden. Kein Deutscher hat auch nur eine Spur der Freiheit, die Belgien den Bewohnern dieser neu angegliederten Gebiete einräumt. Die ganze Engelagehuld westeuropäischer Demokratie kann man dort erleben. Neubelgische Beamte in Uniform und Lehrer in den Schulen werben für Hitler, als seien sie in seinen Diensten und nicht in denen des belgischen Staates. So groß ist der Übermut, daß vielfach davon gesprochen wird, die Kreise würden doch demnächst wieder deutsch, und die belgische Regierung suche nur nach einem schicklichen Anlaß, sie wieder los zu werden, weil sie sich doch nie in Belgien eingliedern ließen. Daran ist völlig richtig, daß die Bevölkerung kulturell ihr Deutschtum bewahrt, und die Wahrheit gebietet hinzuzufügen, daß Belgien auch gar keine Anstrengungen mehr macht, es zu rauben. Da dem so ist, sollte man sich schämen, von Unterdrückung zu sprechen, zumal wenn man in ein Deutschland heimkehren möchte, das Opposition jeder Art mit Kerker und Mord verfolgt. Hannes Wink.

eine keineswegs unbestrittene Einrichtung. Der Druck des braunen Systems wirkt auch über die Grenzen, und wer die illegale Problematik auf offenem Markt ausschreit, der schadet am meisten der Emigration, gleichgültig, ob sie an der illegalen Arbeit beteiligt ist oder nicht.

Wir sind es uns und den mit uns arbeitenden illegalen Kämpfern schuldig, daß wir dieser infamen Ausnutzung eines Unglücksfalles

entgegentreten und die kleinlichen damit verbundenen Absichten, wie die Gefahren, die sie heraufbeschwören, niedriger hängen. Diese Publikationen sind unter dem Gesichtspunkt revolutionärer Disziplin Verbrechen.

Wir denken nicht daran, vor der Gestapo zu kapitulieren, weil ihr ein Streich gelungen ist, wir denken erst recht nicht daran, uns durch erbärmliche Treibereien in unserer systematischen Arbeit hemmen zu lassen.

Zuckerbrot und Peitsche ...

Die beiden nachfolgenden Dokumente werfen bezeichnendes Licht auf die Frage, wer in Deutschland regiert:

1. Der Reichs- und preußische Minister für die kirchlichen Angelegenheiten:
Berlin, den 9. April 1936.
G 1 Nr. 13, 633 G II.

An das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin, die Herren Reichsstatthalter, den Herrn Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes, abgeschrieben: Reichskirchenausschuß, Landeskirchenausschüsse, Landeskirchenregierungen, die Herren katholischen Bischöfe im Reich.
Schnellbrief.

Unter dem Eindruck der überwältigenden Vertrauenskundgebung des deutschen Volkes vom 29. März 1936 bitte ich auf Grund meines Erlasses vom 5. September 1935 — G I 3723 35 — sämtliche staatspolizeiliche Maßnahmen, soweit es sich um Aufenthalt- und Redeverbote handelt und diese vor dem 29. März 1936 ausgesprochen sind, für evangelische und katholische Geistliche ausnahmslos mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Soweit noch Inschutzhaftnahmen aufrecht erhalten sind, bitte ich um sofortigen Bericht, ob auch hier eine Aufhebung angebracht ist.

Für eine reibungslose Durchführung dieses Erlasses bitte ich Sorge zu tragen und mich über das Ergebnis zu unterrichten.

gez.: Kerri.
I. A.: Stahn.

2. Der Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin, Heydrich:

(Westdeutscher Beobachter v. 30. April.)

»Ist es nicht eigentlich Hochverrat und dabei ein Meisterwerk an Heuchelei, wenn einerseits all die wichtigen Gesetze, die eine verantwortungsbewusste Führung zur Erhaltung von Volkstum, Rasse und Staat erläßt, als mit der Lehre der Kirche für unvereinbar erklärt werden, während gleichzeitig andererseits rücksichtslos zum Schaden von Volk und Staat gegen die Devisengesetze zum Wohle der Kirche — woblgerneht der Kirche, nicht des Glaubens und der Religion — verstoßen wird? Ob die Kirche den zur Zeit über hundert Mönchen, die wegen Uebelster und ekelhafter Sinnlichkeitavbrechen vor dem Richter stehen, auch subilligt, daß sie im Interesse der Kirche gegen die Gesetze von Staat und Volk verstießen? Ein letztes Beispiel eigenartiger Anwendung religiöser Begriffe zu rein politischen Zwecken war die Verlesung eines Hirtenbriefes acht Tage vor der Wahl, mit dem einige Kirchenfürsten im

»Interesse der Wahl« die angeblich vielen »zweifelnden Anfragen besorgter Katholiken beantworteten, daß selbstverständlich die Wahl nur über die Außenpolitik abstimme und kein Urteil über die innerpolitische Aufbauarbeit des Führers in den letzten drei Jahren bedeute. »Also alles für Deutschland und nur rein religiös«. Das Echo in der Auslandspresse ist dafür bezeichnend. Ob diese geschicktere und feinere Unterhölungsarbeit des einseitigen politischen Willens des deutschen Volkes nicht noch gefährlicher ist als mancher Hoch- oder Landesverrat von Kommunisten, gerade, weil es nicht jeder gleich merkt?«

Die Geeste Kerris wird wenige Tage, nachdem sie erfolgt ist, durch den Mann, der sie ausführen soll, mit höhnischen Angriffen gegen die Kirche und das Verhalten der Bischöfe bei der Abstimmung beantwortet. Die Bischöfe sollen sogar noch schlimmer als Kommunisten sein. Daß der Erlaß Kerris (übrigens ebensowenig die etwas später erlassene Amnestie des Führers) die schwereren Fälle von Maßnahmen gegen Priester unkorrigiert läßt, geht daraus hervor, daß Prälat Wolker und Genossen nach wie vor im Gefängnis sitzen.

Freiheit, die sie meinen

»Wer nicht die Freiheit liebt — der ist nicht wert zu leben. Frei sich einzuordnen in alles, was dem Ganzen dient — sich aber auch freimachen von allem, was ohne höheren Sinn einengt und bedrängt, abhängig macht und der Sehnsucht nach Selbstbestimmung im Wege steht. Der Wunsch nach solcher Freiheit hat schon hunderttausende zu Opel geführt. Am Steuer Ihres Wagens werden auch Sie zum freien Herrn Ihrer Zeit.« (Inserat in der deutschen Presse.)

Der bulgarische Schleicher

Sein Ringen mit König Boris.

In Bulgarien ist kürzlich ein jahrelanger Kampf zwischen König Boris und Damian Weltschew zu Ende gegangen. So sehr es auch den König und Diktator gelüstete, seinen gefährlichsten Widersacher knock out zu schlagen, es gelang ihm nicht. Das Todesurteil gegen den Obersten Damian Weltschew und dessen Freund, den Maja Stantschew, konnte nicht vollzogen werden. Der König mußte sie zu »lebenslänglichem« Kerker begnadigen.

Damian Weltschew, der ehemalige Direktor der Militärakademie in Sofia, war lange Zeit der mächtigste Mann in Bulgarien gewesen. Er war alles andere als ein Demokrat. Durch zwei Staatsstreichs hatte er seine Stellung befestigt. Den ersten im Jahre 1923 unternahm er für König Boris, durch den zweiten vom 19. Mai 1934, der nachträglich vom König sanktioniert wurde, setzte er eine Offiziersregierung ein, die die letzten Reste der bulgarischen »Demokratie« beseitigte. Daß aber diese Regierung die mazedonischen Mörderorganisationen und Stützen der Reaktion ausrottete und damit die Voraussetzung für eine bulgarisch-jugoslawische Verständigung schuf, daß sie die Beziehungen zu Rußland aufnahm und den bisherigen Mussolinikurs abdrehte, muß Weltschew als Taten von europäischer Bedeutung zugesprochen werden. Innerpolitisch spielte er gleichsam die

Rolle eines bulgarischen Schleicher, der soziale, politische und ökonomische Fragen glaubte durch Intrigenspiele und gegen das Volk lösen zu können. Darin unterlag er seinem nunmehrigen Gegner, dem König Boris, der sich auf einen Teil der Offiziere und die wiedererstarkenden mazedonischen Organisationen stützte. Das Regime Weltschews brach zusammen, Weltschew mußte im Sommer 1935 emigrieren, bei seiner heimlichen Rückkehr nach Bulgarien wurde er verhaftet, wegen Hochverrats angeklagt und zum Tode verurteilt.

Wenn es nicht vollstreckt wurde, so verdanken es die Verurteilten in erster Linie der europäischen Demokratie und dem von ihr, ihrer Presse und ihren Organisationen verursachten Proteststurm. Von der sozialistischen Kammerfraktion in Paris bis zum »Temps« hat Frankreich seine Meinung laut und deutlich gesagt. In England haben sich unter der Führung der Labourabgeordneten Miß Ellen Wilkinson eine große Zahl Mitglieder des Unterhauses und des Oberhauses tatkräftig für die unschuldig Verurteilten eingesetzt. »Manchester Guardian«, »Times« und andere griffen heifend ein. Das alles hätte jedoch nicht genügt, wenn nicht in Bulgarien selbst eine Volkabewegung für die Verurteilten entstanden wäre, die das bulgarische Volk wiederum in seiner großen Tapferkeit gezeigt hat. Durch das Ausland ermutigt und von den wahren Vorgängen unterrichtet, ist der Kampf Damian Weltschews zu einem Symbol des Kampfes geworden, den das unterdrückte bulgarische Volk seit der Ermordung Stamboliskis für seine Freiheit und Rechte führt.

Den untadeligen Charakter, den Mut und die Tapferkeit, die Weltschew besonders während seines Prozesses ausgezeichnet haben, verleugnete er nicht einmal im Schatten des bereits errichteten Galgens. Der König hat es nicht wagen können, seinen verhassten Gegner hinrichten zu lassen. Es wäre ein Vabanquespiel gewesen, angesichts der Stimmung im Volke und in einem Teil des Heeres. Die Partie ist Remis geblieben, was die Personen unbelangt. In der Sache zwischen der bulgarischen Demokratie und dem Fortbestand der Diktatur hat der Prozeß Weltschew dem Volke neue Waffen und Bundegegnossen geschaffen. Die Diktatur kommt arg zerschunden und verbeult aus diesem Match.

Fürchtet nichts!

In den deutschen Zeitungen wird — »Copyright by Ludwig Wollbrandt, Berlin« — ein Lobgesang auf die Militärärzte verbreitet, der mit dem Satze schließt:

»Die Heeresgesundheitsberichte über den großen Krieg bringen den Beweis, daß die Kriege unblutiger werden, dank dem Wissen und Können der Militärärzte.«

... und noch unblutiger, dank der vollkommensten Kriegstechnik, die den Gasmord bevorzugt. Jede Angst ist daher völlig unbegründet, der Zukunftskrieg wird ein reines, ungefährliches Vergnügen sein.

Nazi rekrutieren brasilianische Staatsbürger

Eine Protestnote des brasilianischen Außenministers

Rio de Janeiro, Ende April.

Was wir an dieser Stelle mehr als einmal vorausgesetzt haben, ist eingetreten: die Dummheit, Anmaßung und Arroganz der nationalsozialistischen Auslandsdeutschenpolitik hat zu einem nicht mehr zu vertuschenden Konflikt mit Brasilien geführt! Die Angelegenheit hängt mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Hitler-Deutschland und der Einberufung der Jahrgänge 1914—1916 zur Musterung zusammen. In dem brasilianischen Staate Sao Paulo war die Zahl der jungen Deutschen, die der Aufforderung des Generalkonsulats nachkam, verschwindend gering. Ein erheblicher Teil der jungen Deutschen meldete sich überhaupt nicht bei dem Generalkonsulat. Ein anderer Teil kam zwar der Anmeldepflicht nach, erklärte aber in demselben Atem, er würde unter keinen Umständen nach Deutschland gehen, wenn er einberufen würde. Das Ergebnis dieses großen »nationalen Appells« war also mehr als kläglich. Selbst die Söhne der Deutschen, die in der hiesigen NSDAP-Ortsgruppe führend sind, zeigten verflucht wenig Neigung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, sich einst für das teure Hitler-Vaterland die Knochen zerschneiden oder die Lungen von Giftgasen zerfressen zu lassen. In einer ganzen Reihe von Fällen wurde auf die Väter dienstpflichtiger, aber de facto dienstunwilliger Söhne ein terroristischer Druck ausgeübt. Das Ergebnis war: die Väter, die ehrlich gewünscht hätten, ihre Söhne hätten sich zur Musterung gemeldet, mußten hilflos erklären: »Unsere Söhne gehorchen uns nicht!« — Ein anderer Teil »verstieß« offiziell seine Kinder; Er war so einseitig gegenüber den deutschen Behörden und Parteistellen gedeckt, unterließ aber andererseits jeden ernsthaften Versuch, die Söhne doch zur Musterung zu veranlassen.

Daraufhin erließ der deutsche Generalkonsul in Sao Paulo, Pp. Paul Speiser, eine offizielle Verlautbarung in der »Deutschen Zeitung« von Sao Paulo, in der er erklärte, auch die jungen Deutschen seien verpflichtet, sich zu stellen, die in Brasilien geboren seien. Als daraufhin eine der führenden brasilianischen Zeitungen zuerst einmal kommentarlos eine wortgetreue Uebersetzung der Verlautbarung des Generalkonsulats abdruckte, suchte Speiser die Zeitung einer falschen Uebersetzung zu beschuldigen,

weil ihm bereits die Konsequenzen seines Ukases klar zu werden begannen. Inzwischen begann sich die gesamte brasilianische Presse der Angelegenheit anzunehmen und der brasilianische Außenminister, Herr Macedo Soares, unternahm einen Protestschritt bei den deutschen Botschafter in Rio de Janeiro.

Das Vorgehen des deutschen Generalkonsuls, das im absoluten Einklang mit den von den Nationalsozialisten geschaffenen Gesetzesbestimmungen steht, wird von der brasilianischen Presse einstimmig verurteilt. Der »Correio de Sao Paulo«, der der Paulistaner Staatsregierung und der brasilianischen Bundesregierung nahesteht, erklärte, das Vorgehen der auswärtigen Dienststellen des Dritten Reiches sei »der öffentliche und offizielle Beweis für die Dreistigkeit, mit der eine ausländische Behörde die brasilianischen Gesetze« übertrete. Denn sowohl die brasilianische Verfassung von 1891 wie die von 1934 habe klar und unzweideutig bestimmt, daß jeder in Brasilien geborene Sohn von Ausländern (mit Ausnahme des diplomatischen Personals) brasilianischer Staatsbürger sei. Die Verfügung des deutschen Generalkonsulats sei demnach nichts anderes als der Versuch einer Rekrutierung brasilianischer Staatsbürger für das deutsche Heer!

Die brasilianische Presse ist sich aber vollkommen darüber im klaren, wie eng der Zusammenhang zwischen dieser Verfügung des deutschen Generalkonsulats und der allgemeinen nationalsozialistischen Politik im Auslande ist. Sie spricht von der gleichgeschalteten »Deutschen Zeitung« von Sao Paulo, die die Verfügung Speisers veröffentlicht hat, als einem Organ, »das auf brasilianischem Boden nationalsozialistische Parteipolitik betreibt und dadurch die Zwietracht in der Kolonie nährt, als deren angebliches Organ sie sich bezeichnet.« Die »Correio de Sao Paulo« versichert, er wundere sich gar nicht über die »so ungewöhnliche Haltung« des deutschen Generalkonsuls, denn der sei zu der berühmten Sitzung des Verbandes deutscher Vereine (der Spitzenorganisation der gleichgeschalteten Organisationen) erschienen, in der die Haltung der brasilianischen Presse zensuriert wurde, die gegen die mangelnde Respektierung der brasilianischen Gesetze durch in Brasilien lebende österreichische Nationalsozialisten polemisiert hatte!

Die brasilianischen Zeitungen geben der

Hoffnung Ausdruck, daß die brasilianische Regierung mit dem nötigen Nachdruck der deutschen Regierung ihren Standpunkt klar gemacht habe; sie beschäftigt sich aber vor allem mit der Haltung der brasilianischen Staatsbürger deutscher Abstammung, die dem Rufe der deutschen Konsulate Folge leisten. Sie meint, daß diejenigen, die die brasilianischen Staatsbürger zu solchen Handlungen verführten, in Brasilien »unerwünscht« seien, während jedoch diejenigen, die sich hierzu verleiteten, das Landesverrats schuldig machten. Sie erkennt aber deutlich den Zusammenhang zwischen dem Aufruf des nationalsozialistischen Konsuls, an die in Brasilien geborenen Deutschen und der allgemeinen Propaganda des Nationalsozialismus in Brasilien. Sie wendet sich vor allem gegen die Deutschbrasilianer, die sich dazu hergeben, in brasilianischer Sprache erscheinende Zeitungen zu verbreiten, die ausschließlich der Propaganda des Nationalsozialismus unter Brasilianern dienen und deren Finanzierung mehr als dunkel ist. Sie verlangt darum die Anwendung der schärfsten gesetzlichen Mittel gegen diese Mißbräuche und kündigt an, daß in absehbarer Zeit eine allgemeine Klärung der Situation kommen werde.

Es sieht leider nicht danach aus, als würden die nationalsozialistischen Parteistellen kapieren, wie verhängnisvoll sich die Situation durch ihre eigene Schuld für die in Brasilien lebenden Deutschen entwickeln muß. Sie begreifen nicht oder wollen nicht begreifen, daß sich kein Staat auf die Dauer die ständigen Verletzungen der brasilianischen Souveränität durch fremde Organisationen gefallen lassen kann. Sie halten die Proteste der brasilianischen Presse — fälschlicherweise! — nur für einen Sturm im Wasserglase, der bald vorübergehen wird. Sie glauben vor allem, man würde durch »Tarnung« die Brasilianer täuschen können. Sie irren sich hier in jeder Beziehung. Darauf werden die hiesigen NSDAP-Ortsgruppen auch von mehr als einer Seite aufmerksam gemacht. Sie verweisen aber demgegenüber immer wieder daraufhin, daß es nicht auf Einzelschicksale ankomme, sondern daß der Nationalsozialismus mit den Deutschen in Brasilien noch »Großes« vorhabe. Um was für »Großes« es sich handelt, wie dumm, engstirnig und verbrecherisch der Inhalt dieser Pläne ist, darauf wird an dieser Stelle noch zur gegebenen Gelegenheit einzugehen sein...

Zehn Gebote für die Auslandsdeutschen

Auf dem Wege zum Vollerfolg

Einer der hauptsächlichsten Drahtzieher der nationalsozialistischen Propaganda unter den Sudetendeutschen ist Dr. Karl Christian von Loesch, Mitleiter des Instituts für Grenz- und Auslandsforschung in Berlin, Dozent an der Berliner Universität und Hochschule für Politik, Manager im »Volk- und Reich«-Verlag, Berlin. In dem Jahrbuch 1934 »Auslandsdeutschtum und evangelische Kirche«, herausgegeben von D. Dr. Schubert, Chr.-Kaiser-Verlag, München, schreibt Loesch auf den Seiten 16, 18, 19 das folgende:

1. Das Gegenelement.

»Nichts von dem Gedankengut des Nationalsozialismus, das auf der staatlichen Ebene liegt, — und das ist sehr viel in unserer Zeit der Ausweitung der Staatsaufgaben, — läßt sich unmittelbar in das Leben der Auslandsdeutschen übertragen: Insofern ist eben der Nationalsozialismus eine Sache deutscher Staatlichkeit. Diese deutsche Staatlichkeit ist aber gewiß nicht auf das heutige Reich in seinem derzeitigen Umfang beschränkt, das zeigt der Sieg des Nationalsozialismus in Oesterreich, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll.«

2. Die formale Ungleichschaltung.

»Während also das Auslandsdeutschtum, zumal da ja auch deutsche Reichsbürger im Auslande Mitglieder der NSDAP werden können, dementsprechend auch in sehr hohem Maße vom Nationalsozialismus erfaßt wurde, und die »deutschen Kolonien im Auslande«, die ja erst vor wenigen Jahrzehnten entstanden, eine kulturelle Festigung erfahren, die sich im günstigen Sinne auswirkt, ist die Ausdehnung der nationalsozialistischen Be-

wegung auf das übrige Auslandsdeutschtum unter ganz andere Bedingungen gestellt. Hier kann es sich nur darum handeln, den Geist der im Reiche weht, aufzugreifen, nicht aber die Form. Denn das nationalsozialistische Gut muß von Land zu Land eigenartige besondere Formen annehmen, die den so vielfältig unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Heimatländer entsprechen. Man hat vielfach von auslandsdeutscher Seite... darauf hingewiesen, daß... die völkischen Einrichtungen in gewissem Sinne schon seit längerer oder kürzester Zeit viele Forderungen des Nationalsozialismus vorweggenommen hätten... Im übrigen wächst natürlich die Einwirkung des Nationalsozialismus mit der räumlichen Nähe zum geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet. Wie wäre es sonst zu erklären, daß das sudetendeutsche Volk trotz aller Bedrückungen (wie die Alpendeutschen) immer wieder vom Nationalsozialismus erfaßt wurde?«

3. Treu und Glauben und Verträge.

»Ueber alle Grenzen der Verträge, ja über die Grenzen des geschlossenen Siedlungsgebietes hinaus, weht der Geist, den Adolf Hitler formte.«

4. Mißhauer dankend abgelehnt.

»Es kommt auch gar nicht darauf an, wie viele mitgeschleppt werden, die schon halbwegs oder zu noch höheren Hundertsätzen bereits in anderen Lagern stehn.«

5. Loesch desavouiert die Nationalitätenstatistik.

»Die Riesen Zahlen von Auslandsdeutschen, die in manchen Handbüchern noch geführt werden, sind nichts als Selbstbetrug.«

6. Auslandsdeutsche sind überwiegend »Untermenschene.«

»Denn eine Million Einzeldeutscher sind vom Gesamtvolksstandpunkt gesehen weniger, als eine kleine aber feste Gruppe von Zehn- und Zwanzigttausend mit starker innerer Tradition und entsprechendem Zusammenhalt.«

7. Zuzug ist streng fernzuhalten.

»Denn es hängt sehr viel davon ab, ob eine Nachwanderung aus dem Reiche möglich ist, und ob die schon früher Ausgewanderten mit diesen sich noch zusammenfinden.«

8. Ein Komödiant könnt einen Pfarrer lehren.

»Wem daran liegt, die Einheit des deutschen Volkes zu erhalten, der muß, an welcher Stelle er auch steht, dafür sorgen, daß die tief ethischen und aus religiöser Wurzel kommenden Grundgedanken des Nationalsozialismus auch jenseits der Grenzen der deutschen Staaten ein volles Heimatrecht gewinnen. Es handelt sich nicht um mechanische Uebertragungen. Es geht vielmehr darum, daß der Aufgaben- und Pflichtenbereich in jeder auslandsdeutschen Gruppe, wo sie auch leben möge, neu geformt wird im Sinne der nationalen Erneuerung, die aus dem Reiche und aus Oesterreich (Adolf Hitler!) kam.«

9. Herren mit guter Garderobe und schlechten Manieren verdienen...

»Daran können wir mit technischen Mitteln arbeiten, durch verbesserte Verbindung auf schriftlichem Wege und den Rundfunk, durch organisatorische Mittel aller Art.«

10. Entweder Hochverrat oder Volksverrat.

»Denn wer das nicht tut... ja überhaupt nicht mitarbeitet, ist letztlich ein Zerstörer der deutschen Volksgemeinschaft. Wir müssen diese um die ganze Erde herum im Sinne des nationalsozialistischen Gedankengutes neu und, soweit es der äußere Rahmen gestattet, auch einheitlich gestalten.«

Und ein ewiges Morden, Amen.

»Nur so kann die straffere Formung der deutschen Wesenheit, wie sie in diesem Wandel der Zeiten geschieht, zu einem Voll-erfolg werden.«

Stinnes' Auferstehung

Der Drang zur industriellen Gemischtwarenhandlung

Das Institut für Konjunkturforschung schrieb jüngst in einem seiner Wochenberichte:

»So verschiedenartig die Maßnahmen auf dem Geld- und Kapitalmarkt im einzelnen auch sind, so sind sie doch alle dem gleichen Ziel untergeordnet, alle finanziellen Kräfte Deutschlands für die Durchführung der großen Finanzvorhaben des Reiches zusammenzufassen.«

So unbedingt, wie er klingt, ist dieser Anspruch nicht gemeint. Das Dritte Reich verschuldet sich zugunsten der Großindustrie und nicht auf ihre Kosten. In dem Artikel »Die Finanzierungspolitik der Industrie« (19. April 1936) kommt der »Frankfurter Zeitung« zu folgendem Ergebnis der Untersuchung darüber, »wie sich die Industrie finanziert hat und zu welchem Grade innerer Stärkung sie nach drei Jahren wachsender Erträge gelangt ist:

»Fällt man die Ergebnisse unserer Beobachtungen über die Entwicklung der industriellen Aktiengesellschaften in den letzten drei bis sechs Jahren zusammen, so läßt sich wohl folgendes sagen: Ohne Vermehrung der Aktien, im allgemeinen sogar bei Verringerung der verantwortlichen Kapitalien, nahmen die Eigenvermögen infolge Steigerung offener Reserven zu. Gleichzeitig gingen die fremden Mittel zurück... andererseits nahmen die Anlagevermögen infolge starker Abschreibungen... allgemein stattlich ab, wie überhaupt die Bewertungen in den Bilanzen zunehmende Reservierungen verraten. Außerdem wuchs die Liquidität in bar oder in Effekten.«

Da kann man wohl von »innerer Stärkung« reden. Es ist der Industrie nicht nur vergönnt, ihre Anlagen mit eigenen Mitteln zu bezahlen, ihre Schulden loszuwerden, sondern trotzdem auch noch riesenhafte Reserven zu bilden, die sich in Geldüberfluß ausdrücken, so daß »nicht nur kein bedeutender Kredit- und Kapitalbedarf der Industrie zu den Banken oder an den Kapitalmarkt drang, sondern daß die Industrie sogar selbst zu einer Kredit- und Kapitalquelle werden konnte«. Man müßte also annehmen, daß die Menge des beschäftigungslosen Geldes zu steigenden Bankeinlagen führt. In der Tat ist eher das Gegenteil zu bemerken. Die flüssigen Mittel der Industrie haben die starke Neigung, ihre Geldgestalt zu verlassen und die solidere Form der Aktienbeteiligung anzunehmen. Vor einiger Zeit schrieb die »Frankfurter Zeitung«:

»War es in der Krise ratsam, Bankguthaben anzusammeln, für die man fast von Tag zu Tag mehr kaufen konnte, so ließen in letzter Zeit der konjunkturelle Aufschwung und die Steigerung der Börsenkurse den Drang zur Anlage flüssiger Mittel wachsen. Vielleicht spielten in einem oder anderem Falle auch Substanzsicherungswünsche hinein, so wie der Umstand, daß hohe Barbeträge nun einmal die öffentliche Aufmerksamkeit stärker zu erregen pflegen als angelegtes Vermögen.«

Zu viel arbeitsloses Geld reizt nicht nur die Besitzlosen zum Neid, sondern vielleicht sogar den Reichsfinanzminister zum Zugriff. So verbindet man die Flucht in die Sachwerte mit der Flucht aus der Steuer. Seit Monaten mehren sich die Fusionen und die Aufsaugungen bisher selbständiger Gesellschaften durch Großkonzerne. Dabei handelt es sich nur zum Teil um Zusammenschlüsse von Unternehmungen der gleichen Branche. Dazu gehören die Vereinigung der Bergbau-A.-G. Lothringen mit der Gewerkschaft Graf Schwerin, die Interessengemeinschaft zwischen Deutz-Motoren und der Maschinenfabrik Magirus, der Ankauf der Deutschen Kabelwerke durch die Kabelwerke Rheydt, das Aufgehen von Borsig in Rheinmetall, des Baumwollkonzerns Hammersen in den noch größeren Baumwollkonzern Christian Dierig, der Uebergang der Spinnerei Ettlingen an den einstigen Hammersenführer Häcker, die Bildung einer neuen westdeutschen Waggongruppe, bestehend aus den Werken Gustav Talbot, Uerdingen und Düsseldorf, wobei bemerkenswert, daß Düsseldorf erst kurze Zeit vorher aus dem Konzern Linke-Hofmann herausgelöst worden war.

Dieser Fall schon zeigt, daß auch den Zusammenschlüssen gleichartiger Unternehmungen nicht aus produktionspolitischen Motiven erfolgen muß. Meist wird nur das Bedürfnis vorliegen, überflüssiges Geld sicherer als in des Dritten Reiches Schuldenwirtschaft anzulegen. Wenn sich z. B. die Salamander-Schuhfabrik die angesehene Oberlederfabrik J. Mayer u. Co. in Offenbach zulegt, so dürfte zwar, wie die »Frankfurter Zeitung« sich vorsichtig ausdrückt, »nicht ausschließlich effekten- und geldpolitische Überlegung« mitgesprochen haben, aber doch wohl hauptsächlich, und außerdem die günstige Gelegenheit, jüdi-

schen Besitz für ein Butterbrot zu erwerben. Die Judenhetze ist weniger ein Mittel zur Reinhaltung der Rasse als zur profitablen Unterbringung überflüssigen Geldgewinns. Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (Gesfue), die Kraftwerke betreibt und Elektromaschinen baut, erwarb die Hirsch Kupfer- und Messingwerke. Die zum Siemens-Konzern gehörige Elektrische Licht- und Kraftanlagen-A.-G. kaufte kurz hintereinander die Mehrheiten der Kabelfabrik Dr. Cassierer u. Co. in Charlottenburg und die Rundfunkapparatfabrik Hellowatt. Die Namen Hirsch und Cassierer lassen keine Zweifel, daß es sich um Judenbeute handelt. Die Gesfue hat selbst angegeben, sie habe Hirsch Kupfer aus jüdischem Besitz erworben und einen besonders niedrigen Kaufpreis bezahlt. Die Gold- und Silber-Scheideanstalt kaufte aus jüdischem Besitz die Auer-Gasglühlicht-Gesellschaft. Die Centralbank für Eisenbahnwerte gliedert sich die Injecta A. G. an, ausgerechnet eine Fabrik medizinischer Apparate.

In all diesen Fällen ist es deutlich, daß zwischen dem Erwerbenden und dem Erworbenen Unternehmen keine Produktionsverbindung besteht und daß das Motiv der Erwerbung nur Gewinnicherung ist. Es hat aber geradezu Aufsehen erregt, als der Kali-Konzern Salzdettfurth eine maßgebende Beteiligung an der Mansfeld-A.-G. erwarb, die

Kohle und Kupfer zutage fördert, Kupfer walzt und Glas erzeugt, deren Kallischächte aber schon seit langem stillliegen. Die Mansfelder Kupfererzeugung ist nur, so lange Kriegskonjunktur und Devisennot anhalten, rentabel, also an sich kein reizvolles Anlageobjekt. Auch hier kann der Beweggrund nur Flucht aus dem Geldschrank sein.

Geradezu grotesk ist aber der Fall der Firma Henkel, die das bekannte Persil herstellt. Sie hat es in wenigen Monaten zustande gebracht, einen Industriekonzern um sich zu sammeln, zu dem eine Textilfabrik, eine Maschinenfabrik und einige Unternehmungen anderer Branchen gehören, die einen Zusammenhang weder mit der Erzeugung von Waschmitteln noch untereinander haben, sondern sehr eindringlich an die Gemischtwarenhandlung des seligen Hugo Stinnes und an die unselige Zeit seiner Hochblüte erinnern. Auch Stinnes wollte sein Geld retten und kaufte wahllos zusammen, was mit sich entwertendem Gelde zu erraffen war. Es hat sich aber gezeigt, daß der Konzern nur solange stand, wie die täuschende Geldfülle anhielt, aber zusammenbrach, als das unüberschaubare Industriereich begann, vollwertiges Geld zu verschlingen, anstatt Papiergeld zu liefern. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß auch auf die neue Stinnesära ein Katzenjammer folgt.

G. A. Frey.

Die »Deutsche Arbeitsfront« als Gestapo-Hilfspolizei

Disziplinar- u. »Ehren«-Gerichtsbarkeit gegen »zerstörende Elemente«

Mit einer Feier, die am 27. April diesen Jahres in Berlin stattfand — sie wurde von dem festfrohen Herrn Ley anlässlich der Errichtung eines »Obersten Ehren- und Disziplinargerichtshofes der Deutschen Arbeitsfront« arrangiert — wurde es vom System festlich begangen, daß man nun einen neuen Hebel und Handgriff gegen den berüchtigten »Staatsfeind« (nach berühmten Reichstagswahlen bekanntlich noch nicht ein einziges Prozent der Bevölkerung!) im Dritten Reich in die Finger bekommen zu haben wähnte. Daß es im Sektor dieser »Arbeitsfront« einigermaßen schummerig für die Nazis zugeht, ist seit der auffällig dummen Verschiebung der »Vertrauensratswahlen«, seit der frostigen Mäuferei in der Reichshauptstadt im beugenen Jahr, wahrhaft kein Geheimnis mehr. Die Betriebs- und Lohnverhältnisse bieten jenen Tapferen, die ihren Sozialismus heute unter gleichgeschalteter Miene trotz allem mit sich herumtragen, doch in der Natur der Sache zu viele Anknüpfungsmöglichkeiten an das wirkliche Interesse ihrer Klassenkameraden. Es bestehen zwar keine Gewerkschaften mehr; ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre und früher geschulte Betriebsräte aber haben nach wie vor das »illegale« Vertrauen der Belegschaften. Jede Gestaltverschiebung »oben« kann hier sofort das große Kampfwerkzeug der werktätigen Masse wieder in Bewegung bringen. Wenn irgendwo, sind hier die Machthaber ohnmächtig. Wie soll man diesen meist unsichtbaren Dingen, vor denen sie sich dennoch im Hinblick auf die Zukunft grauen, bekommen?

Lange scheint diese Sorge Herrn Ley und Trabanten schwere Kopfschmerzen gemacht zu haben. Kein Geringerer als Hans Koch, stellvertretender Vorsitzender des oben genannten neuen »Obersten Disziplinar- und Ehrengerichtshofes der DAF« belehrt uns in der letzten Nummer der »Deutschen Arbeiterkorrespondenz«, daß es eigentlich vom Oktober 1935, wo man den Plan faßte, bis jetzt, zum 27. April 1936, gedauert hat, bis man endlich den Dreh heraus hatte, diesem unterirdischen Betriebs-»Marxismus« beizukommen; die in der Festesfreude gespendeten Weinpullen waren also sauer genug verdient!

Die saubere Komplettierung, die durch das Neue die »Arbeitsfront« bekommt, sieht nach Koch im Wesentlichen so aus: Es werden allenthalben »Disziplinar- und Ehrengerichtshöfe« der DAF bestellt. In Berlin besteht ein »oberster Hof«. Sie sind wohl zu unterscheiden von jenen »sozialen Ehrengerichten«, die im Zusammenhang mit dem Treuhänderwesen und dem »Gesetz zum Schutze der nationalen Arbeit« bereits bestehen und im Entscheidenden dazu berufen sind, dem Unternehmer wieder sein Herrenrecht im Betrieb zu sichern, wofür er allerdings dann bei Gelegenheit der »Kameradschaftsabende« Bockwürste und Biermarken zu stiften hat. Die Aufgabe der neuen Ge-

richtsbarkeit des Systems wird so umrissen: Die Arbeitsfront-Tribunale sollen erstens:

»im Verhältnis von Führer und Geführtem im Betrieb die Grundsätze ehrenhafter Gesinnung durchführen« — wobei man aus dem Daumen zu erlischen hat, was in solchen Fällen »ehrenhafte Gesinnung« nebst ihren Grundsätzen ist

zweitens:

»die DAF von zersetzenden Elementen rein halten und speziell durch eine Disziplinarordnung, über deren Einhaltung eben die neuen Gerichte fallweise zu befinden haben, die Reinhaltung des Führerkorps der DAF gewährleisten.«

Die neuen Gerichte können natürlich auch bestrafen. Hauptstrafe, die sie verhängen, ist, so wird auch ganz deutlich gesagt, der Ausschluß aus der »Arbeitsfront« der dann — so bekennt Pg. Koch ganz bieder — »soviel wie eine Entlassung aus der Betriebsarbeit bedeutet.« Na also! Hungern wir also die »Staatsfeinde«, die offenen, aber auch vor allem die »verdeckten«, mit Seelenruhe aus!

Das Entscheidende dürfte aber nach den Mitteilungen Kochs in der folgenden Ausführungsbestimmung über die Auswahl der neuen »Richter« liegen:

»Der hauptamtliche Richter darf kein anderes DAF-Amt bekleiden. Die Auswahl der Richter erfolgt aus den älteren Pg's, d. h. solchen, die seit

dem 31. Mai 1932 ununterbrochen der NSDAP, der SA, SS oder der HJ angehört haben und noch angehören.«

Jetzt wird es also so sein, daß die alten Partei-Nazis in den Betrieben — die wenigen Charakterlumpen, die es da gab — nicht nur, wie bisher, Spitzel- und Agentendienste für die Gestapo inoffiziell leisten, sondern auch durch diese »Ehrengerichtsbarkheit« unmittelbar und direkt darüber bestimmen dürfen, ob ein Betriebskollege, dem man gesinnungsmäßig nicht traut, zu verhungern hat oder nicht! Die Gestapo kann »nur« einsperren und unter Umständen noch »foltern«. Das genügt eben nicht! Ihr neues Hilfsorgan, die Ley'sche »Deutsche Arbeitsfront« hat ein noch stärkeres Presisionsmittel nunmehr in der Hand: die Aus-hungerungskur! Darüber steht in großen Lettern als von Hitler selbst geprägter Ueberschrift: »Deutsche Volksgemeinschaft«...

Pharao Hitler

Sein Vorbild der Gemeinschaftsleistung: Die Sklavenarbeit der Pyramiden.

Es gibt, wie die Eingeweihten wissen, im Dritten Reich zahlreiche Freunde der deutschen Sprache und gründliche Kenner der Geschichte, die sich fortdauernd geheime und heimtückische Vergnügungen verschaffen. Sie untersuchen mündliche und schriftliche Äußerungen ihres Führers und seiner Paladine auf falsche und schiefe Sprachbilder und auf verkehrte historische Perspektiven, die ihnen fast jeden Tag in reicher Fülle dargeboten werden, wenn auch »Mein Kampf« für alle Philologen und Historiker das Standardwerk anspruchsvollen Pseudowissens ist und bleibt.

Aber die Gerechtigkeit gebletelt, mit Anerkennung nicht zurückzuhalten, wenn der Führer mit einem Geschichtsvergleich den Nagel auf den Kopf trifft. In seiner Lustgarten-Rede sagte er:

»Ich glaube, daß man ein großes Volk nur dann mit einem seiner würdigen Lebensinn erfüllen kann, wenn man ihm auch große Aufgaben stellt. Die Männer, die vor Jahrtausenden einem Volke die Aufgabe stellten, Pyramiden zu bauen, sie wußten, warum sie es taten. Sie haben an diesen gewaltigen Gemeinschaftsleistungen vertausend Jahre menschlicher Kultur aufgerichtet. Und wenn wir heute gewaltige Gemeinschaftsaufgaben stellen, dann wissen wir auch, warum wir es tun. Nur die große Gemeinschaftsaufgabe kann ein Volk zu einem Gemeinschaftswinn erziehen. Sie allein kann einem Volk auch die letzte innere Befriedigung gewähren. Es muß der Einzelne über seinem Haupte die Monumente der Gemeinschaftsarbeit sehen, damit er nicht wurzellos wird und schwankend wie ein Rohr im Winde.«

Hitlers Pyramidensymbol entspricht naturgetreu der deutschen Wirklichkeit. Was waren das für »Gemeinschaftsleistungen« der Pharaonen vor viertausend Jahren? Die ägyptischen Despoten ließen sich ursprünglich ihre Gräberkammern in die Felsen der südwestlichen Gebirge hauen. Als sie die nördlichen Wüstengebiete eroberten, legten sie dort ihre steinernen Friedhöfe an, und je höher die Felsbühel wurden, desto stärker sollten sie von der Macht und von der Größe der Despoten zeugen. Wer aber errichtete sie? In welcher Weise wurde dem ägyptischen Volke »die Aufgabe gestellt«, wie Hitler sich ausdrückt? Ueber vielen Tausenden von Sklaven schwingen die pharaonischen Fronvögte die Peitsche. Allein zum Bau der Cheopspyramide wurden an Hunderttausend 25 Jahre hindurch damit beschäftigt, die erforderlichen Steine zu brechen, über den Nil zu transportieren, durch weite Strecken unter der Tropensonne durch die Wüste zu ziehen und in die Höhe zu richten. Jeder Block ist getauft vom Blut und von der Angst der Gefangenen und der Hörigen, deren Hände nur während der Arbeit von ihren Ketten befreit wurden. Wenn Hitler im Gelste diese Millionen Kubikmeter Gesteins zu »Dokumenten menschlicher Kultur« und »Monumenten der Gemeinschaftsarbeit« erhebt, so gibt er damit seiner eigenen Baufreudigkeit eine überaus offenherzige Erklärung. Ein Pharao, die Beamten und Aufseher, das »Volk« — die Parallelen zwischen altägyptischer Spezialhierarchie und derjenigen des Dritten Reiches beschenken den Führer täglich aufs Neue mit jener »inneren Befriedigung«, die er als Werkzeug der himmlischen Vorsehung benötigt.

Aber wo ist hier Göbbels? Entspricht der geschichtliche Vergleich Hitlers zwischen den Totenhäusern der Pharaonen mit seinen eigenen Bauaufgaben den Intentionen des Propagandaministers? Er sollte seinen Führer in den Gefilden der Geschichte besser nicht frei umherschweifen lassen.

Howard.

In der Zange



Abkehr von Deutschland?

Als vor einigen Monaten der an Arnold Zweig gerichtete Abschiedsbrief des verstorbenen Kurt Tucholski veröffentlicht wurde, hat der »N. V.« sich an der Debatte darüber nicht beteiligt. Mit Recht. Für den Sozialisten waren die Ausführungen Tucholskis, die um sein Judentum kreisten, nahezu unergiebig, es sei denn, daß sie den weiten Abstand seines Denkens von der sozialistischen Weltanschauung auch denen, die in dem Verstorbenen einen Geistesverwandten des Sozialismus gesehen hatten, offenbarten.

Nicht nur, daß Gedanken über die Zukunft des Sozialismus, über den Kampf der Arbeiterklasse in Tucholskis Auseinandersetzung mit den deutschen Ereignissen keine Rolle spielen: an der einzigen Stelle, wo er von der Sozialdemokratie spricht, tut er es, um zu versichern: die Sozialdemokratie habe nicht allein wegen ihrer Schwächen versagt — »die Doktrin taugt nichts!« — Aber gleich hinterher bekennt Tucholski, er selber sei leider nicht der Mann, eine bessere Doktrin zu bauen. Mit so oberflächlichem Aburteilen gibt es keine sachliche Auseinandersetzung; es bleibt allein übrig, aus der Ausdrucksweise des Verfassers auf sein inneres Verhältnis zur Sache zu schließen.

Trotzdem enthält der Abschiedsbrief Tucholskis ein paar Sätze, an denen man nicht vorbei kann. Der Verstorbene umreißt seine Stellung zu Deutschland mit den Sätzen:

»Ich habe mit diesem Land, dessen Sprache ich so wenig wie möglich spreche, nichts mehr zu schaffen. Möge es verrecken — möge es Rußland erobern — ich bin damit fertig.«

Wäre das nur die Einstellung eines Toten, wir gingen daran vorbei wie an vielem anderen. Aber hier trifft sich Tucholski — von der Schärfe der Formulierung vielleicht abgesehen — mit nicht wenigen andern aus Deutschland ausgewanderten Juden, darunter auch ehemaligen Sozialdemokraten.

Es ist nicht uninteressant, daß Arnold Zweig in seiner Erwiderung auf Tucholski den zionistischen Standpunkt mit fast den gleichen Ausdrücken, wie Tucholski sie gebraucht, so formuliert: »Mit diesen da (den Deutschen) wollen wir nichts mehr zu tun haben.«

Bei gewissen zionistisch orientierten Juden, die vor Hitler in der Sozialdemokratie als höhere Beamte, als Wissenschaftler usw. teilweise recht bedeutende Stellungen einnahmen, erweitert sich nach meinen Beobachtungen dieser Grundsatz dahin, daß sie auch mit der deutschen Sozialdemokratie nichts mehr zu tun haben wollen. Ihr Verhalten läßt, soweit ich es wenigstens in Einzelfällen beobachten konnte, keinen anderen Schluß zu. Nicht daß sie ostentativ von der Partei abrückten. Aber sie verhalten sich gegen sie, wie gegen alles Deutsche, völlig indifferent. Sie suchen nicht den Anschluß an die früheren Genossen, sondern ziehen sich in jüdische Kreise zurück und widmen sich allein dem Aufbau Palästinas usw.

Charakteristisch ist z. B. die Erfahrung mit einem jüdischen Genossen, der früher an wichtiger Stelle ganz hervorragende sozialpolitische Arbeit leistete. Er hat sich nicht nur von seinem bisherigen Tätigkeitsgebiet völlig ab- und den zionistischen Problemen zugewandt, er betrachtet es heute sogar als einen Fehler, daß er früher »von so wackliger Basis aus« in der deutschen Sozialpolitik sich betätigt habe.

Ich habe mich mit zionistischen Genossen früher häufig über die Frage gestritten, ob zionistische und sozialistische Grundhaltungen miteinander vereinbar seien. Sie behaupteten es. Sie selber aber bestätigten durch ihr tatsächliches Verhalten seit Hitlers Machtergreifung meine damals geäußerten Bedenken. Wie nun der Einfluß des Zionismus seit 1933 unter den deutschen Juden an sich stark zugenommen hat, so findet auch dies spezielle Verhalten unter früher nichtzionistisch orientierten jüdischen Genossen Nachahmung. Man hört aus ihrem Mund oft genug Entschuldigungen wegen mangelnden Partei-

interesses wie die: »Ach, die Deutschen wollen uns ja doch nicht.« In Wirklichkeit liegt hinter solcher Haltung mangelndes sozialistisches Bewußtsein.

Man ist eben noch lange kein Sozialdemokrat, weil man irgendeine »Doktrin« bejaht so wie hundert andere Doktrinen auch. Man ist es allein, wenn die sozialistische Erkenntnis die unverrückbare Achse ist, um die sich das gesamte Denken dreht, d. h., wenn man den Sieg der Arbeit über das Kapital, wenn man die Befreiung der Arbeiterklasse als den

statt der vorschriftsmäßigen blonden hat. Auch nicht, wenn ein Haufen Schreier plötzlich die Abstammung des Menschen für das allein Wesentliche erklärt; selbst nicht dann, wenn dieser Haufen den Staat erobert und entsprechende Gesetze macht. Wenn ich daraufhin als deutscher Jude erkläre: »Ja, ihr habt recht, es war falsch von mir, daß ich der deutschen Arbeiterklasse zum Siege habe verhelfen wollen; ich ziehe mich nach Palästina zurück, und ob in Deutschland die Herren Krupp und Thyssen, gestützt auf die braune Diktatur,

listische Achse ummontieren lassen.

Von selbst versteht sich: Kein Sozialdemokrat verkennt die Notwendigkeit, im Augenblick alles Erdenkliche zur Rettung der von der braunen Barbarei mit Ausrottung bedrohten deutschen Juden zu tun. Nur steht für ihn trotzdem fest: Auch wenn heute sämtliche fünfhunderttausend deutsche Juden nach Palästina gebracht würden und dort eine Existenz fänden — am Zustand der Welt ändert das so gut wie nichts! Der deutsche Jude, der wirklich im Herzen Sozialist ist, kann nicht sprechen wie der schlimme Ganelon in Uhlands Gedicht von Kaiser Karls Meerfahrt:

Da sprach der schlimme Ganelon,
Er sprach's nur halb verstoßen:
»Wär ich auf gute Art davon,
Könnt Euch der Teufel holen!«

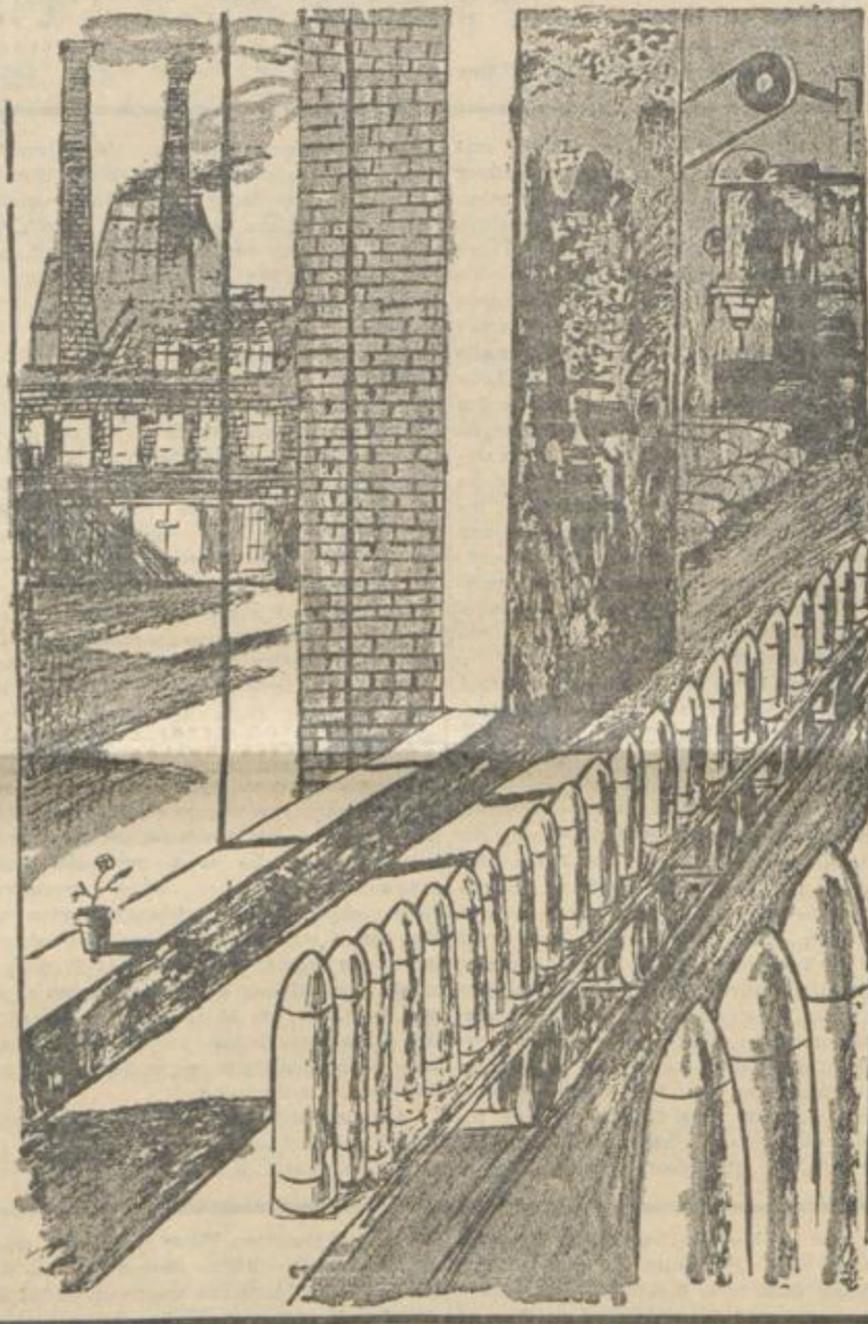
Dieser beschränkte Egoismus wäre ebenso dumm wie gemein. Dumm, weil ja eine europäische Katastrophe — schon der Weltkrieg von 1914/18 hat es gezeigt — keineswegs vor den Toren Palästinas und vor den dort angesiedelten Juden Halt machen würden. Ja, im Augenblick erleben die Juden in Palästina bereits, wie furchtbar die Welthölle auf dies Land, das sie immer mit den Arabern werden teilen müssen, überschlagen. Selbst vom rein zionistischen Standpunkt betrachtet, läßt sich ein bequemes »Außer Palästina bekümmert uns nichts« nicht aufrecht erhalten. Es ist eben keine Bekämpfung der Pest, daß man vor ihr ausreißt, die Pest kommt einem, wie das Beispiel Palästina zeigt, überallhin nach. Die Pest bekämpfen, heißt vielmehr: der Krankheit als solcher zu Leibe gehen, nicht bloß an einem Symptom herumdoktern. Wenn ich aber dazu entschlossen bin, dann frage ich den Teufel, welcher Rasse und Haarfarbe die jeweils von der Pest Befallenen sind, sondern gehe der Seuche zu Leibe, wo ich sie antreffe.

So — und nicht anders denkt der Sozialist. In Zentraleuropa hat sich ein fürchterlicher Brandherd gebildet. Daß man die zunächst vom Feuer Erfassten zu retten sucht, verdient alle Sympathie. Aber unendlich wichtiger ist es, den Brand zu löschen, bevor er die ganze Welt in Flammen setzt. Darauf kommt es an: Europa, die Menschheit zu retten vor der Kriegsgefahr, vor dem Untergang in wirtschaftlicher und geistiger Krise, den kapitalistischen Wahwitz der Gegenwart zu überwinden durch den Sozialismus. Die Brandstifter und ihre Hintermänner werden natürlich alles aufbieten, das Rettungswerk der Sozialisten zu verdächtigen: lasse ich mir aber von ihnen vorschreiben, daß ich zur Rettung nicht berufen sei, während mein eigenes Gewissen laut »Ja« sagt, so habe ich jenen schon den Sieg in die Hand gegeben.

Nicht Abkehr von Deutschland, — »hin zu Deutschland, hin zum deutschen Proletariat!« kann allein die Parole des emigrierten jüdischen Sozialdemokraten lauten. Sieht er sich durch sein Judentum daran verhindert, so folgt er nicht Marx, sondern es folgt Hitler.

Julius Civilis.

Schönheit der Arbeit



archimedischen Punkt erkannt hat, von dem aus allein sich die Welt wesentlich vorwärtsbringen läßt.

Ist man sich über diese Grundsatzsache klar, dann kann das sozialistische Weltbild nicht plötzlich ein anderes werden, weil man selber von einer jüdischen Mutter zur Welt gebracht wurde und schwarze Haare

die Arbeiter ausquetschen und das Volk in den Krieg treiben, das soll mich wenig kümmern«, — wenn ich so spreche, dann habe ich vor Hitler innerlich kapituliert. Dann kreist mein Denken nicht mehr um die Achse der sozialistischen Erkenntnis, sondern dann habe ich mein Denken von Hitler auf eine nationa-

Die braunen Ordensburgen

Die Erziehung der künftigen Herrengarnitur — für das Dritte Reich der »Beständigkeit«

Immer wieder erlebt der Zeitgenosse des Dritten Reiches Überraschungen eines Extremismus, vor dem, wenn man ihn mit dem Verstande der Verständigen mißt, das Wasser anscheinend von Tal zu Berg fließt. Es vergeht kein Tag ohne frische Lorbeerreiser auf Gräbern oder vor Kultstätten, ohne hämmernden Paradeschritt mit heiligen Schwüren im Straßenstaub, ohne einen jungen Panzer aus technisch höchst entwickelten Stahlrippen, um den letzten Freiheitsatem durch organisierte Gewalt zu ersticken. Aber dieses Erstaunen ist im wesentlichen unbegründet. Alles, was sie heute tun, darüber haben sie längst geredet und geschrieben, nur haben wir es früher nicht ganz ernst genommen. Vor-

allem: alles »Weltanschauliche« steht mit vollem Kulissenzauber bereits in Rosenbergs »Mythus«, das als Quelle zur Erkenntnis nationalsozialistischer Aktivität grade heute, wo die braunen Diktatoren die pseudo-revolutionäre Epoche hinter sich haben und als Konservatoren ihrer Macht überall Pfeiler einsetzen, unentbehrlicher ist als je. Das Buch steht zu Unrecht hinter Hitlers »Mein Kampf«, der Prestige-Bibel des Nationalsozialismus zurück. Erst durch Rosenberg, den ostischen Teutonen, mit dem zwischen Juchtenstiefelduft und Gehirnebel »eingedemmt« Baltenkomplex, lernt man die Poltergeister der braunen Walpurgis in ihrem reichhaltigen Sortiment kennen.

Rosenberg ist der geistige Vater der ersten drei Ordensburgen des Nationalsozialismus, je eine in Pommern, in der Eifel und im Allgäu, die vor kurzem dem Führer zu treuer Hand übergeben wurden. Außerlich handelt es sich um moderne, sehr weitläufige, sehr kostspielige, von Türmen überkrönte Bauten: systematisch gegliederte Heerlager, Mannschaftsräume, Vortragshallen, Bibliotheken und Säulen-Kulttempeln, für Wehstunden.

Jede dieser Burgen soll drei oder vier Jahre hindurch ein Kollektiv einiger hundert junger Männer über 23 Jahre aufnehmen, »gesund, fehlerfrei, erbgutgesund, mit ordnungsmäßiger Ahnentafel, wobei schon Brillen-

träger als Zeugen einer fragwürdigen biologischen Komposition von vornherein ausschließen müssen. Auf diesen Burgen soll in strenger Absonderung von allen verführerischen Verlockungen der Außenwelt die Auslese und die weltanschauliche Schulung einer künftigen, absolut zuverlässigen Führungsschicht erfolgen. Nach dem Ableben der jetzigen Führungsgarnitur soll es nach »uneindeutigem Parteilob« der in der braunen Presse proklamiert wird, keinen politischen Leiter von den Reichsspitzen bis zum letzten Ortsgruppenleiter der Deutschen Arbeitsfront mehr geben, die nicht durch die Erziehung auf einer der Ordensburgen gegangen sind. Hier wird man zwar keine formellen Examina mehr durchführen, was soviel bedeutet, daß Intelligenzbestien nichts zu bestellen haben. — Dafür aber werden nach einem festen Programm andauernde und vielseitige Proben der Entschlossenheit, des Mutes, der Willenskraft bis zum Fallschirmabseprung verlangt.

Der Reichsorganisator Dr. Ley, der seit seiner Weinflaschenattacke auf Otto Weis von solchen Prüfungen persönlich entbunden ist, hat mit schöner Offenheit das Wort gegeben, auf daß es bei der Ordensburgen-Pädagogik entscheidend ankommt: auf Drill! Aber es geht nicht um Drill des ordinären Fußvolks, nicht einmal um die Korporale der Bewegung, für die soviel Aufwand nicht lohnend wäre. Man will auf den Burgen die Voraussetzung des Horrentums erproben, die Auslese der braunen Kör, die nicht absolut blond, aber doch bestialisch genug sein muß, den soldatischen Dienst an der Niederzwingung des eigenen Volkes durch einen gut gelehrten Weltanschauungsbesitz adeln zu können. Die braunen Erzieher begnügen sich darum nicht mit kurzfristigen Schulungskursen. Sie wollen den ganzen Menschen in Besitz nehmen. Jede Lücke des Selbstdenkens wird fest vermauert, Ablenkungen des Triebmens und private Neigungen werden drakonisch unterbunden.

Während eines Vortrages über den »deutschen Ordensstaat« auf der Marienburg im April 1934 hat Rosenberg die Gründung dieser Ordensburgen verkündet. Er entwickelte Grundsätze, wonin die Organisation des deutschen Ritterordens mit Erziehungsidealen Platens verknüpft wurden. Dieser Hinweis hatte eine gewisse Berechtigung: »die Wächter«, die Krieger Platens, sollten dauernd in einem Kriegslager leben, nach Spartas Beispiel. Aber die platonische Staatsidee, dem sie dienen sollten, besitzt nur formale Ähnlichkeit mit dem Dritten Reich. Denn sie beruht auf dem Prinzip der Humanität und der Freundschaft und erkennt vor allem kein absolutes Herrschaftsrecht einer Kaste an, deren Ausleseverfahren sich nach vorgeschriebener Gesinnung und nicht nach allgemeinen sittlichen und geistigen Werten richtet. Wenn Herr Silex von der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« die Ordensburgen als realisierten Plato preist, so bedeutet das die Schandung eines jeden philosophischen Namens der Klassik, der bei aller Begrenztheit des Erkennens jede auf sturer Niederschlagung der Gegner

Ein Enthüllungsbuch

Nationalsozialistische Bekenntnisse zum Reichstagsbrand und zur Juni-Schlächtere

In einem angesehenen Schweizer Verlag, dem Europa-Verlag, Zürich, erscheint soeben ein Buch: »Ich kann nicht schweigen«. Dem Buch ist eine Erklärung des früheren Staatsanwalts und Rechtsanwalts Zücher vorangestellt, worin bestätigt wird, daß der ungenannte Verfasser ein reichsdeutscher Politiker der äußersten Rechten ist, der in enger Verbindung mit der Reichswehr stand und bis in die jüngste Vergangenheit hinein Mitarbeiter des »Völkischen Beobachters« war. Der Verlag selbst nennt seinen neuen Autor »einen Mann, der mehr als zehn Jahre lang mit allen Kräften auf den Sturz der Republik hinarbeitete, und dem Nationalsozialismus mit zum Siege verhalf und der bis vor wenigen Monaten als führendes Parteimitglied tätig war.«

Was hat dieser Mann, der nach dem Zusammenbruch aller seiner Illusionen ins Ausland geflüchtet ist, der Welt mitzuteilen? In der Hauptsache das folgende:

Der Plan zur Reichstagsbrandstiftung

beruhende Staatsgewalt als ungerecht und unmoralisch verdammt. Eher dürfte Silex recht haben, wenn er die alten preußischen Kadettenanstalten zum Vergleich heranzieht, denn auf den Ordensburgen sollen »aus politischen Soldaten politische Offiziere« werden. Hier soll sich die neue Führerauslese vollziehen, nachdem diejenige des Faschismus oder der Bourgeoisie für alle Zeiten fortgefallen sei. Wirklich? Der Leitartikel des heftig um echte Brünnel ringenden Blattes scheint den Wirtschaftsteil mangelhaft zu studieren. Jeden Tag kann er in seiner eigenen Zeitung lesen, wie sich in der Industrie, im Handel und in der Bankwelt die alten Besitz- und Führerhierarchien nicht nur behaupten, sondern sich durch Familiennachwuchs und andere im kapitalistischen Erwerbssinne »Tüchtige unaufhörlich und unangefochten im Dritten Reich des deutschen Sozialismus ergänzen.

Die wahren Paten der Ordensburgen werden mit verdächtiger Sorgfalt in den Winkel gestellt. Das sind die Ordener der katholischen Kirche, Rosenberg, ihr erbitterter Gegner, der Schöpfer des Vergleichs zwischen Papst und »Medizinmann« der Wilden, offenbart noch in seinem Haß eine stille Verehrung für die kirchlichen Institutionen mit ihrem feinorganisierten Netz zur Beherrschung von Sachen und Seelen. Seine wilde Kritik an den katholischen Orden beruht im tiefsten auf einem Neidkomplex. Macht durch Lookung und Zucht, gebunden durch traditionelle Formeln, mit allen strengen Mitteln des Ausschlusses und der Entziehung der Weibchen; darauf stützten sich die großen psychologischen Lehrmeister der katholischen Kirche. Sie wußten, daß man Religion, wenn sie Massen gewinnen will, nicht im Reiche selbstverantwortlicher Entscheidungen schwärmen

wurde Mitte Februar 1933 von einem Vertrauensmann Görings, dem Oberregierungsrat Sommerfeld, ausgearbeitet, mit Göring und Göbbels sowie den SA-Führern Heildorf, Heines und Karl Ernst durchberaten und dann Ende Februar ausgeführt. Van der Lubbe, ein Medium des Heilsehers Hanussen, wurde von Heildorf herbeigeschafft. Man ließ ihn bis zu seiner Hinrichtung in dem Glauben, daß er unauffällig ins Ausland abgeschoben werden solle.

Göring hat den Reichspräsidenten und das Reichskabinett belogen. Die deutschen nationalen Minister und Hindenburg glaubten ihm, daß es ihm gelungen sei, eine kommunistische Verschwörung aufzudecken, deren Beginn der Reichstagsbrand gewesen sei. Hitler dagegen kannte die Wahrheit.

Von den Beteiligten und Mitwissern des Reichstagsbrandes sind die meisten, wie van der Lubbe, Karl Ernst, Heines, Hanussen usw., getötet worden. Leben

geblieben sind Sommerfeld, Heildorf, jetzt Polizeipräsident von Berlin, und Dieß, damals Chef der Gestapo, jetzt Regierungspräsident in Köln. Heildorf und Dieß haben sich dadurch gesichert, daß sie Aufzeichnungen über das verübte Verbrechen ins Ausland brachten und anordneten, daß diese Aufzeichnungen, falls ihnen Gewalt angetan würde, veröffentlicht werden sollten. Das ist den maßgebenden Stellen bekannt, darum wagt man nicht, sie anzuführen.

Während der Junischlächtere wurde der Verfasser verhaftet. Er kam mit unzähligen anderen Männern der äußersten Rechten in die berüchtigten Keller des Columbia-Hauses. Dort traf er u. a. den deutschnationalen Kandidaten für die Regierungspräsidentschaft von 1932, Oberstleutnant von Düsterberg, den Verteidiger Torglers im Reichstagsbrandprozeß, Rechtsanwalt Sack, den Adjutanten des Exkronprinzen von Mülndner, den Schriftsteller Edgar von Schmid-Pauli und zahlreiche SA-Führer. Alle Ge-

lassen darf, sondern daß man sie als verbindende Weltmacht organisieren muß. Rosenberg, der Begründer des Nationalsozialismus als »Religion«, handelte nur logisch, als er die Schaffung von Ordensburgen mit uniformierten Novizen verlangte, die hier in strenger Zucht bis zur Ordination geprüft und erprobt werden sollen.

Aber die Ordensidee hat noch eine ganz andere Seite, für die sich der Nationalsozialismus Rosenbergscher Prägung immer besonders interessiert hat. In dieser von traditionellen Formen unrankten Verbindung von Mensch zu Mensch im Zeichen der engen Gemeinschaft der Gedanken liegt ein mystischer Zauber, der abseits von der Kirche eine interessante Geschichte hat. Seit der Zeiten der Aufklärung verständigten sich Verschworene im Geiste, mit Zeichen und Sprüchen und einem pseudo-geheimnisvollen Du und Du der Brüder. Sogar im Namen der Vernunft manifestierte sich der Bund in den Freimaurer-Orden. Diese werden zwar heute im Dritten Reich als geheime Widerstandsnester verfolgt und verboten. Aber die nationalsozialistische Herrenlogie besitzt »mang us mang« einen solchen Verbindungskodex, der den Kreis der Eingeweihten umschließt. So etwa, wie einmal ein junger Nationalsozialist höchst charakteristisch sagte: »Wir Nationalsozialisten riechen schon einander!« Unterschätzen wir die Bedeutung solcher Menschen und Bindungen nicht! Man will auf den Ordensburgen neben dem Drill mit den Mitteln der Irrationalität ein Menschenmaterial zusammenschweißen, um dessen Qualitäten zu widermenschlichen Zwecken zu mißbrauchen.

Aber zugleich liegt hier die Fehlerquelle dieser Erziehungsprinzipien. Der Ausgangspunkt der kirchlichen Ordensidee war eine

dauernde metaphysische Geborgenheit. Auch wenn sie für weltliche Zwecke eingesetzt wurde, berief sie sich auf das ewig-göttliche Recht des Uebernatürlichen. Seine Macht konnte im Bewußtsein von Millionen durch keine Enttäuschung in der realen Welt ausgelöscht werden. Bei allen Versuchen, »Weltanschauung« zu sein und zu schaffen, wird dem Nationalsozialismus eine solche Bindung niemals gelingen. Jeder der Zöglinge der Ordensburgen steht, wenn die Erziehung zum »Herrn« beendet ist, ununterbrochen mitten in den gesellschaftlichen Gegensätzen und Entscheidungen, die selbst durch das Zwangnetz des Führerprinzips sichtbar werden. Die neuen Führer, die man hier hochschichten will, haben die Mission, im Gegensatz »zur revolutionären« Leistung der heutigen Führergeneration, »das Geschaffene getreu in Händen zu bewahren«. Sie sollen der nachkommenden Generation ein »gutverwaltetes Erbe« übergeben, kurz, wie sich Silex ausdrückt, der »Beständigkeit« dienen, die künftig »nach der Schöpfung des neuen der einzige Gegenstand der Schulung zu sein hat.« Herr Silex will seine Leser ernstlich glauben machen, daß der Nationalsozialismus, mitten im Zentrum der von Krisen durchschüttelten kapitalistischen Welt, im glücklichen Machtbesitz die Früchte der Eroberung Deutschlands genießen werde!

Es wird die Stunde kommen, wo die drei Ordensburgen, Raubritterburgen, gegen das deutsche Volk aus geraubten Menschenrechten und geraubten Geldern, errichtet, mit stürmender Hand genommen werden, früher als ihre Erbauer meinten!

Andreas Howald

Das Reich jenseits des Humors

oder
Pg. Gähsegelehen nimmt sich viehisch ernst.

»Der Leiter der Nachrichtenstelle an der Dresdner Staatskanzlei, Oberregierungsrat Gräfe, verwahrt sich (in einer jetzt amtlich erschienenen Denkschrift) gegen die Verulkung des sächsischen Dialektes und des sächsischen Menschen. Es wird (darin) betont, daß »der gemiedliche Sachse« als der dumme August des deutschen Volkes eine starke Schilben verursachende Verunglimpfung deutscher Volksgenossen und einer deutschen Volksgemeinschaft darstelle. Oberregierungsrat Gräfe kündigt den rücksichtslosen Kampf gegen die verzerrte Verpötlung eines deutschen Dialektes an, der sich auch auf den Film erstrecken soll.«

Münchener Neueste Nachrichten, Nr. 120 da.
Herre mei Jäses — — — so isasawrooch richtig! Den keheerdjenuma alloweile een'n saftjn vohrde Blauzje! Hall, mei Fiehr'r!

Das Dritte Reich unternimmt, wie man sieht, endlich mit Entschlossenheit, Wagemut und mit großer Aussicht auf Sieg die moralische Emanzipation der Sachsen (Marke Geenjreih, ehemaliges!). Und das erscheint nicht nur als schlechthin notwendig, sondern sogar als des Schweißes der Edlen der Volksgemeinschaft heutiger Fassen wert. Allzu fühlbar und zentnerschwer hatten sich ja nun schon seit Generationen und Jahrhunderten alle nur aundenkbaren Minderwertigkeitskomplexe auf jenes tapfere, emsig krabbelnde Völkchen zwischen Pleisse und Neiße gesackelt. In der Geschichte (vaterländischen) waren sie leider immer just dort, wo es die

Senge gab: bei Leuthen, bei Leipzig, bei Hühnerwasser und Königgrätz. Nur bei Sedan war ihnen dann das Geschick einigermaßen gnädiger und auch belapelsweise die Hereros wurden nicht ohne ihre Mitwirkung in großer Zeit glorreich zerschmettert. Sie erfanden ganz persönlich Max Klante und Gustav Winter: schöpften also quasi die goldenen Bouillonaugen vom Dritten Reich schon vorher ab! Das alles hat sie arg verängstigt, eingeschüchtert, mit der Umwelt verfeindet. Sie lebten (seit der Reformation, die ihre wirkliche, aber auch einzige und einmalige Größe war) im Moralischen eigentlich nur noch von der eignen mild-komischen Resignation. Und außerdem lasen sie die Laibajer Naledn, hauptsächlich das Fmischde.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß es immer ungerecht ist, so apodiktische Urteile über eine »Volksgemeinschaft« (wie Herr Gräfe sagt) abzugeben. Ganz sicher ist es, daß gegen das »sächsische Wesen«, wie es schon geworden war, immer in seinem eignen Innern recht heftig frondiert und revoltiert wurde; als der Hans Reimann noch nicht so verdurmt-gleichgeschaltet war und im guten »Geenje« dem sächsischen Typ ebenso wie dem sächsischen Idiom ein Denkmal setzte, fand er grade bei den Werkträgern und den Intelligenzleuten seiner Heimatgefilde seine erste große Gemeinde von befreiten Lachern und verständnisvollen Grinsen. Grade die besten und wertvollsten Sachsen brachten immer die große moralische Stärke auf, über sich selbst der ungetrübten Heiterkeit obliegen zu können; das hatten sie übrigens gemeinsam mit den Juden, die ja alle miteinander längst nicht mehr existieren würden, stammten nicht

die besten jüdischen Witze eben von ihnen selbst. »Der Gemüthliche Sachse« — ha, dieses des echten Mitleides wahrhaft bedürftige »Witzblatt« gab es in der Tat zu Dresden an der Elbe auch und es war, seit Gotsched, die allerlangwelligste und ermüdendste Angelegenheit, mit der Sachsen seine Umwelt, vor allem die besseren Fricaurläden, rücksichtslos behelligte; es war in der Tat eine aus der eignen speifeisernen Talentlosigkeit, keineswegs aber aus »fremdstämmiger« Bosheit entspringende gröbliche Mißhandlung ebenso des sächsischen Menschen wie des sächsischen Idioms. Aber was hat das wohl zur Sache zu tun? Im anderen Falle müßten ja auch alle deutschen Forsträte feierlich protestieren, weil sie laut Beweis der »Fliegenden« oder der »Meggendorfer Blätter« anders als wie mit versoffenen Nasen nicht existieren zu können scheinen. Freilich, daß er da war, dieser wirklich niederschmetternde »Gemüthliche Sachse«, bewies andererseits eben durch seine sächsische Herkunft alles für jenes »sächsische Wesen«, das billige Objekt — nein, nun grade nicht der »Verunglimpfung«, aber doch der Herz und Nieren stärkenden Verhöhnepfehlung immer war. Die Deutschen, und die Sachsen insbesondere, wären allemamt recht gemütskrank gewesen, hätten sie bei diesem dankbaren Subjekt wohlwollenden Humors nicht zugegriffen.

Erst das Dritte Reich mußte also kommen, um auf diesem eigentlich doch so ganz echten Blut- und Boden-Geldes alles zu überwälzen, zu versauern, zu versauern und zu versauern... Und da hört nun freilich der Humor von der Geschichte auf und da beginnt die Tragödie: nicht bloß der Sachsen,

sondern aller Deutschen! Das ist ja mit Sicherheit der schrecklichste der Schrecken der Hitlerer: Wie man sich selbst doch immer so viehisch ernst nimmt...! wie man durch Blut und Tränen, Sumpf und Kloake gravitätisch nach Storchmanier steilt...! wie der politische Trichinenbeschauer die Maske des Tiberius oder Oliver Cromwell adaptiert...! wie ein Buch zur Bibel aller Deutschen wurde, in dem das herrliche »Ich aber beschloß, Politiker zu werden« nicht etwa dahingesetzt ist, um an einem Tisch braver Zecher eine dröhnende Lachsalm zu entfesseln, sondern, damit es der Welt gefrierfleischkalt vor so geballter Männlichkeit überlaufen soll! Hier, in der Sahara der absoluten und ausgetrockneten Humorlosigkeit, weit ab von jeder wirklich blühenden Oase des Menschlich-Allzumenschlichen, trifft sich allerdings der »Führer und Reichskanzler« als der Begründer dieser einmaligen, gespenstischen Reiches ohne Humor, mit seinem sächsischen Regierungsrat, den kein Hühnerauge daran hindern kann, seinen edlen Sachsen endlich den so dringend notwendigen Kothurn anzuschlallen...

Das große Hellas hat seinen Aristophanes, das große Rom seinen Martial, das große Spanien seinen Cervantes, das große Amerika seinen Mark Twain, das große, auch noch heute aufrecht stehende Old-England seinen Shaw gepflegt und gebogt; sogar das große Preußen (wie lange ist's her?) fand schließlich seinen Jean Paul. Selbst von dem (wirk-

fängenen waren darin einig, daß die angebliche SA-Verschöpfung, die den Anstoß zum großen Kameradenmord gegeben haben sollte, ein ebensolcher Schwindel gewesen sei wie der kommunistische Aufstandsplan und die kommunistische Reichstagsbrandstiftung.

Die Gefangenen erzählen einander ihre Erlebnisse. Der SA-Führer Steinle bekennt, daß er es gewesen sei, der auf Befehl von Heilbrunn und Karl Ernst den Heilbrunner Hanussen ermordete. Der SA-Führer Behrens versichert, er sei nur deshalb hier, weil er die Skandale, die sich um die Person des Dr. Ley gruppierten, zu genau kenne. Der gegen ihn erlassene Schutzhaftbefehl trägt den Vermerk: »Im Hause des Geheimen Staatspolizeiamtes zur Verfügung des Herrn Dr. Ley zu halten«. Der 72jährige Bildhauer Prof. Richter ist in den Gefängniszellen geworfen, weil er ein ihm gehörendes Haus in Berlin der SA nicht zum gewünschten Preis verkaufen wollte. Ein SA-Führer, der jahre-

lang zur ständigen Begleitung von Göbbels gehörte, erzählt, Göbbels habe einmal seinen SA-Begleitern befohlen, sich die Köpfe mit Verbandzeug zu umwickeln, das mit einer roten Flüssigkeit gefärbt war. Göbbels sei dann mit diesen Männern in die Versammlung gegangen, um seine Rede mit den Worten zu beginnen: »Noch dampft das Blut aus den frischen Wunden, die von kommunistischen Mördern geschlagen worden sind.«

Das sind die Männer um Adolf Hitler. Und Hitler selbst? Der Verfasser tritt mit großer Entschiedenheit für die Ansicht entgegen, daß Hitler moralisch über seiner Umgebung stehe. Hitler ist Mitwisser des Reichstagsgeheimnisses. Er hat seine Kameraden, ohne sich irgendwie in Notwehr zu befinden, töten lassen. Er kennt die Greuel der Konzentrationslager und hat die Feiniger ruhig gewähren lassen. Er wußte auch, daß Heines Knaben geschlecht-

lich mißbrauchte und machte ihn trotzdem zum Polizeipräsidenten von Breslau. Es ist nicht wahr, daß »der Führer nicht weiß...« Er weiß alles und trägt für alles die Verantwortung.

Das ist in der Hauptsache der Inhalt des neuen Buches, das mit der Prophezeiung schließt, eines Tages werde die Reichswehr diesem ganzen Spuk ein rasches Ende bereiten. Doch was uns interessiert, sind nicht die Meinungen des Verfassers, sondern nur seine tatsächlichen Behauptungen. Sie sind Bestätigungen für alles, was bisher über die Verbrechen der deutschen Machthaber behauptet worden ist. Der Mann, der dieses Buch schrieb, hat jahrelang unter ihnen gelebt. Dennoch, oder vielleicht gerade deswegen schreibt er über sie so, daß man an den Schrei erinnert wird, der als Antwort auf die Schlächterei des 30. Juni aus Amerika herüberscholl: »Das sind die Gangster von Europa!«

komplizierung der Entscheidungssituation, in die vieldeutige Unbestimmtheit des Sprechens und Verhaltens, in die Pflicht der Selbsterhaltung, Flucht in eine rückversichernde Kautelenrichtung, in das mollige Konkubinat mit der stets wohlfeilen Rücksichtnahme oder in den rückgratlosen Kompromiß oder wohin immer. Es ist stets eine Flucht in eine Unfreiheit hinein. Aber es gibt »kein Verstecken vor der eigenen sittlichen Freiheit, es gibt kein Entkommen:

»Denn nichts in der Welt ist so unentzerrbar wie die Entscheidung, weil das Selbst des Menschen, die ewige Instanz der Freiheit, sich selbst nie zu entziehen vermag. Die Kette der Freiheit zerreißen wir nicht, — und wenn wir herkulische Kräfte besäßen...«

Das rief uns die kleine Eule in die Erinnerung, die wir nach Athen trugen; vielleicht vermag sie doch manchen zu eigenem Weiterdenken anzureden.

Solche Betrachtungen — die wir als Stilprobe eines typischen unterirdischen Ringens geben — werden im Dritten Reich nur zum Weiterdenken geschrieben, und alles Weiterdenken besagt in diesem Falle: Da ihr in euren sittlichen Entscheidungen frei seid, so seid ihr auch verantwortlich. Ob ihr aus der Freiheit flüchtet, anderen die Entscheidung überläßt oder faule Kompromisse macht — immer seid ihr moralisch verantwortlich! Der innere »Zwang zur Freiheit« zwingt zur Verantwortlichkeit des Einzelnen, es ist die ethische Grundlage seines Seins. Nichts kann euch der Staat von dieser moralischen Verantwortlichkeit abnehmen.

Zu sagen, was solche Folgerungen drüber politisch bedeuten, heißt allerdings Eulen nach Athen tragen.

Um die Freiheit

Sogar die Despoten des Dritten Reiches schreien nach Freiheit und meinen dabei die nationale, die persönliche ist verboten, ist eine liberalistische Verirrung. Ab und zu jedoch erhebt sie unter allen möglichen Verhüllungen ihr meckerisches Haupt. Eine solche Tarnung ist es, wenn jetzt einer in einem langen Artikel der DAZ beweist, daß es eine naturbedingte individuelle Freiheit gibt. Er meint nicht »Freiheit in gesellschaftlich-sozialem oder in politischem Verstande...« Natürlich nicht, wie dürfte er es auch so deutlich sagen, er meint die ethische Freiheit. Und vor allem meint er ihre Konsequenzen. Er betont von vornherein, er wolle Eulen nach Athen tragen (und halte das für notwendig), indem er feststelle:

»Die uns vor Augen stehende und nachdenklich machende Wahrheit ist die, daß der Mensch, dessen Würde wir in seiner Freiheit begründet zu sehen pflegen, Zeit seines Lebens unter dem unaufhebbarsten Zwang zur Freiheit steht.« — »Frei ist der Mensch, wenn und sofern er in seinem Handeln und Verhalten nicht bestimmt wird durch von ihm unterschiedliche Faktoren, sondern wenn er die Möglichkeit besitzt, sich selbst in seinem Verhalten gegenüber anderen Personen zu bestimmen...«

Damit vergleiche man die Folgen, die im Dritten Reich auch nur eine abweichende politische Meinung hat — und das Urteil des Verfassers ist klar. Er beruft sich auf Kants kategorischen Imperativ und unterstreicht, daß der Mensch an diese seine sittliche Freiheit gekettet ist. Gekettet, wobei immer wieder das Bedürfnis durchkommt, »sich von seiner ihm ureigentümlichen Freiheit zu befreien...« Damit streift der Artikel eine der psychologischen Grundlagen jeder Diktatur und berührt dann den sozialen Charakter jeder Entscheidung:

»Man lasse einmal an sich vorbeidefließen die selbsterfahrenen Situationen, in

denen man sich ethisch zu entscheiden hatte. Man findet kaum einen Fall, wo nicht, direkt oder indirekt, die Entscheidung sich klar erweist als geforderte Entscheidung für oder gegen einen Menschen oder ein Ganzes von solchen. So trägt man kraft der Entscheidung seine eigene Existenz in die Zone risikogeladener Abenteuerlichkeit hinein. Und wie unüberschbar auch die Konsequenzen eines persönlichen Einsatzes — eines Aktes — der nicht allzu häufige Zivilcourage — sein mögen, in ihnen liegt jeweilig immer

Mit dem Brecheisen gegen Archive!

»Forschungsabteilung Judenfrage« an der Arbeit

Ueber zahlreiche Bühnen des Dritten Reiches ging in der vergangenen Spielzeit ein parteiamtlich besonders empfohlenes Stück: »Rothschild gewinnt Waterloo«. Es handelte sich um einen antisemitischen Reißer, der in der Aufwärmung einer alten Legende gipfelte, daß Rothschild auf infernalischer Weise den Sturz Napoleons und die Wende seines Schlachtenglücks durch Börsenspekulationen besiegt habe. Wenn es so gewesen wäre, so hätten unsere Nazis allen Grund, dem Begründer dieser jüdischen Geldmacht herzlich dankbar zu sein, daß er auf seine Weise Deutschland für immer von seinem Bedrücker befreite. Aber das war natürlich nicht der Sinn dieses Stückes und nicht der Grund für seinen Erfolg. Es ging vielmehr um die Behauptung jüdischer Weltbrandstiftung, die jetzt in bezug auf Rothschild in aller Form aus dem Bereich der Fama und der Literatur in nationalsozialistische »Wissenschaft« eingebettet werden soll.

In der Reihe der braunen Professoren-Koryphäen wird seit einiger Zeit ein früher

gänzlich unbekannter Geschichtslehrer, Walter Frank, bevorzugt. Er besitzt einen Spezialauftrag des Führers. Er leitet die »Forschungsstelle Judenfrage« im Rahmen des neubegründeten Reichsinstituts für Geschichte des Neuen Deutschland. Soeben legt er der Öffentlichkeit seinen Arbeitsplan vor, für den ihm unbegrenzte Mittel zur Verfügung stehen. Er will, wie er bekennt, nach einer »doppelten Einsicht« arbeiten. Zunächst einmal sollen Wissenschaft und Weltpolitik von der Judenfrage ein Bild erhalten, das sie endlich von der »liberalen Legende«, also von dem veralteten Vorurteil, daß gegenüber der Judentum die Prinzipien der Humanität und der Gerechtigkeit Geltung besitzen, befreien soll. Die freie deutsche Gelehrtenwelt — wirklich »frei«, schreibt Frank in der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz — soll der ganzen Welt in bezug auf das Judenproblem ein Beispiel des »Dienstes an der Wahrheit« geben.

Aber wie die Unterlagen, dies ist der zweite Punkt, für diese »Forschungsarbeit« herbeizuschaffen? In München will Frank die

größte Bibliothek Europas zum Judenproblem begründen. Er hat jedoch das Gefühl, daß die vorhandene und erfassbare antisemitisch-rassistische Literatur zur Anstiftung von Pogromfeuern in der ganzen Welt noch nicht ausreicht. Darum will er alles nur mögliche archivarische Material, sei es in Staats- oder in Privat-Archiven, registrieren und sammeln. Sofort reinigt sich Frank von dem Verdacht, der Wissenschaft und der Wahrheit dienen zu wollen! Dieser geistige SA-Standartenführer der Wissenschaft, gottlob nicht auf Freiwilligkeit und Gutwilligkeit der Behälter archivarischer Schätze angewiesen, schreibt vielmehr:

»Wir werden ferner jüdische Archive auffordern, gewisse Bestände zu öffnen, damit die Erkenntnis der Wahrheit voranschreite. Wir fragen heute schon danach, wann das Haus Rothschild in der Lage ist, seine Archivbestände, die seit über 150 Jahren in festverschlossenen Truhen schlummern, der Forschung zugänglich zu machen. Alle großen Staaten und Mächte Europas und der Welt haben nicht so lange wie diese jüdische Finanzmacht das Geheimnis ihrer Archive

lichen oder vermeintlichen) Nachfolger der Dogen geht der gute Selbst-Spott um: »Ach wissen Sie, lieber Freund, was ist schon Ruhm? Vielleicht werden sie mir in zehn Jahren mal ein Denkmal setzen, irgendwo, zu Pisa, auf dem Markt. Und die Dienstmädchen werden sich vom Verehrer an der Kassette verabschieden. Also abgemacht, heute abend acht Uhr beim Mussolini...« Wen aber könnte wohl das Dritte Reich als seinen Pöbelhänger in seinen Mauern dulden? Es lebt ja nur als Korsettstange auf Abbruch. Es hält sich zusammen als eine Quadratur des Pathos und des Blechs. Es ist die Dauerausstellung von Schiller plus Sarrasani. Humor wirkt bekanntlich tödlich. Aber tödlicher noch, weil blut- und lebenslos, geht's da zu, wo er fehlt. Herrn Grafes Kampf- und Denkschrift eröffnet da ebenso eine nationale Zukunftshoffnung, wie jede einzelne Rede, die Adolf selbst hält: so was stirbt, verläßt auch drauf, an seiner eignen Wichtigkeit!

Herr Graf, der jetzige Oberregierungsrat, war früher Redakteur, Bes: Redaggeier der Unsterblichen Laibsejer Najedn. Als solcher verdrängte er gloriose, gewissermaßen auf den Spitzen siegreicher Bajonette, in der sächsischen Staatskanzlei beim Reichswehreinmarsch anno 23 unseren Freund Hans Block, ehemaligen Chef der Leipziger Volkszeitung. Es war das damals einer der berühmten Wendungen durch Gottes Fügung. Wie sie in der Geschichte schon mal vorkam. Aber auch das Dritte Reich hat ja diese Uebung der Weltgeschichte glücklicherweise nicht abgeschafft. Und so warten wir denn auf jene neue Wendung durch Gottes Fu-

gung, der unsere braven und vielgeliebten Sachsen von ihrem literarischen Pinkerton-Gräfe wieder befreien wird. Dann erst wird's wirklich wieder »gemischliche« in Sachsen sein! F. E. Roth.

Weg eines Autors

Der Berliner »Westen« schildert in einem Feuilleton den beschwerlichen Weg eines Bühnenschriftstellers. Nichts wird dem Leser erspart, sogar eine Konferenz mit dem Oberbeleuchter ist nötig. Nur eines wird nicht berührt, das wichtigste darf in der Presse nicht erwähnt werden: die Zensur. Holen wir das nach, gehen wir bis zum Dramaturgen zurück. Gefällt ihm das Stück, so ist das schon verdächtig, darum gibts einen Zensurbeirat. Der leitet das Stück in verdächtigen Fällen an die oberste Zensurstelle. Dann kommen die Anmerkungen: die oder jene Pointe streichen, weil nicht aufbauend im Sinne des Dritten Reiches. Oder: die Huldigung vorm Führer zu plump, das Publikum ist damit überfüttert, feiner machen. Nachdem so alle Perspektiven des harmlosen Stückes überprüft worden sind, geht es an den Regisseur. Aber bei der Generalprobe kann es passieren, daß der Zensurbeirat findet, die eine Figur komme doch etwas meckerisch heraus, könne mißverstanden werden und müsse entsprechend retuschiert werden. Denn endlich die Uraufführung, die Presse, die Kritik — und wieder beginnt das Schielen nach der Zensur, das den Autor schon beim Dichten ununterbrochen begleitet, wieder der Kampf mit der Frage: Wie kritisiere ich, ohne bei der Zensur anzuecken? So entsteht die »neue Kunst«, unter der

die deutschen Theater bis zum Stumpfsein veröden. In einem Artikel über Schauspielernachwuchs konstatierte die DAZ vor einiger Zeit:

»Man hat sogar gefunden, daß für ein Rollenfach so gut wie kein Nachwuchs vorhanden ist: junge heroische Männer-typen für das Drama, d. h. Schauspieler großen seelischen und geistigen Formates.«

Wo sollen sie sich denn entfalten? In Stücken etwa, deren arme Autoren nur die eine Sorge kennen: Wie sage ich meinem Kunstfeldweibel? Wie erscheine ich aufbauend? Wann je haben sich Künstler »großen seelischen Formates« unter der Knute eines solchen Mamlucken-Systems entwickelt?

Schillers Tod

Ludendorffs Mathilde hat in einer ihrer Schriften behauptet, daß unter anderen »kulturellen Führern« des deutschen Volkes auch Schiller von den Freimaurern ermordet worden sei. Der Hapen ging selbstverständlich in die Nazipresse über. Dort wurden die Freimaurer sehr rasch zu Juden. Im Auftrage der Weimarer Goethesellschaft widerlegte der Goetheforscher Hecker den ganzen Blödsinn an Hand stichhaltiger Dokumente, die den natürlichen Tod Schillers beweisen. Nützte alles nichts, die völkische Greuellegende kreiste weiter und schrie nach Einlaß in die neue braune Literaturgeschichte. So mußte sich denn jetzt eine medizinische Autorität, Prof. Dr. Wolfgang Veil, von der Jenaer Universitätsklinik, hinsetzen und ein medizinisches Gutachten ausarbeiten, in dem er zu dem Schlusse kommt:

»Das lebende klinische Vergleichsmaterial, das der heutigen medizinischen Wissenschaft zur Verfügung stehe, widerlege alle geheimnisvollen Andeutungen über die Todesursache Schillers und lasse nur die eine Diagnose: akute Lungenentzündung.«

Aber Mathilde und ihre Presse haben schon erklärt, daß alle »jüdischen Mächenschaften« nichts an der Ermordung Schillers, nichts an den ebenfalls »ungesühnten Frevein an Luther, Lessing und Mozart« ändern können. — Deutschland 1936!

Rassische Atomzertrümmerung

Ein Generalleutnant a. D. schreibt über den Stammbaum Ohm Krügers in der »DAZ«: »Nun sind ja diese Buren meist Holländer, also Deutsche, aber es gibt doch z. B. auch eine ganze Anzahl französischer Familien dabei und es wäre — theoretisch — doch wohl möglich, daß die in Betracht kommende Krüger in solche Familien gehiratet hätten. Dann hätte Ohm Krüger 1/32 deutsches und 31/32 französisches Blut. Man könnte also doch nicht gut von »deutscher Abstammung« reden; denn nicht das Blut, sondern nur der Name wäre hier deutscher Herkunft.«

Der alte Ohm Krüger war blond und blauäugig, Abbild eines Urteutonen von der Waserkante. Nach solchen algebraischen Formeln und Bruchrechnungen ist es möglich, die rassische Herkunft von Hitler, Heß und Göbbels einigermaßen exakt zu errechnen.

Das Gehirn geklaut

»Der Stab der SA-Gruppe Ostland ist das Hirn der ostpreussischen SA-Männer.« »Preussische Zeitung«, Nr. 127.

behütet und den Völkern hat solche rechtzeitige Oeffnung der Archive immer noch zum Segen gereicht... <

Darauf geht es also hinaus. Herr Professor Frank bereitet die Weltöffentlichkeit darauf vor, daß er im »Dienste der Wahrheit« alte Truhen mit dem Stemmstein aufbrechen, jüdische Archivblätter mit vorgehaltenem Revolver und nötigenfalls mit Konzentrationslager im Hintergrunde zur Duldung des Materialdiebstahls nötigen und sich ihrer Mithilfe bei der Sicherung des Raubs bedienen will. Er proklamiert einen dreisten Gewaltakt hinter der Kulisse der Wissenschaft. Selbst die Arglosesten und Einfältigsten müssen erkennen, worum es diesem Frank geht: um das tendenziöse Herausfischen von Aktenstellen und

Briefzitate, um unkontrollierbare Beweise jüdischer Habsucht und Herrschgier, um den Nachweis der Existenz der »Weisen von Zion«. Das soll den Völkern »zum Segen gereichen! Sie sollen sich, hingerissen durch die Beweiskraft der Eldere aus der »Forschungsabteilung Judenfrage«, endlich mit Hitler zur allgemeinen Austreibung der Juden und zur höheren Ehre des Dritten Reiches verbünden.

Frank sagt das alles so offen, daß man sich ernstlich fragen muß, ob sein Aufsatz dem Propagandaministerium vorgelegen hat. Er will sich, so schreibt er weiter, mit einem großen Referentenstab umgeben, »führenden deutschen Fachgelehrten«. Versteht sich, daß ein Ressort »Talmud« heißt, zum fröhlichen

Aus- und Unterlegen. Wehe, wer es wagen sollte, im In- oder im Auslande dieser militanten Forscherarbeit in den Arm zu fallen! Frank duldet keine »alte liberale Sentimentalität«, aber auch keine »geschäftstüchtige Phrase«. Was meint er damit? Vermutlich sollen sich die Archivknacker und Brandstifter in Ausübung ihrer »wissenschaftlichen« Funktion jeden Augenblick bewußt bleiben, daß sie nationalsozialistische Weltanschauung und deutsche Treue im Auftrage des Führers und der Nation verkörpern. Diese jüngste Biarnage und Bloßstellung deutscher Wissenschaft vor der ganzen Welt ist freilich so evident, daß man fast annehmen könnte, dieser Frank stände im Solde der internationalen Judenverschöpfung gegen das Dritte Reich! —ow—

bestandteil angesehen werden, da sie keine Haupt-, sondern eine Nebenleistung darstellen.

Für die Frage, ob die Tätigkeit der Haustochter arbeitslosenversicherungspflichtig ist, ist es gemäß § 69 AVAVG wesentlich, ob sie kranken- oder angestelltenversicherungspflichtig ist. Die Krankenversicherungspflicht ist zu verneinen, demnach ist die Haustochter aber auch nicht angestelltenversicherungspflichtig. Da in jedem Falle gemäß § 9 AVG eine Tätigkeit, für die lediglich freier Unterhalt gewährt wird, angestelltenversicherungsfrei ist. Auch die Gewährung eines kleinen Taschengeldes fällt nicht ins Gewicht. Da somit die Tätigkeit auch nicht angestelltenversicherungspflichtig und krankenversicherungsfrei ist, unterliegt sie auch nicht der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung.

Sie »unterliegt« also überhaupt keiner Versicherung, vielmehr liegen Mädchen, die sich krank gearbeitet haben, einfach auf der Straße oder fallen den Eltern zur Last. Und daß sie sich krank arbeiten, ist nicht selten. Im Zusammenhang mit der Haustochter-Frage vermerkt der eingangs zitierte Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten ausdrücklich:

»Von sächsischen Gast- und Schankwirtschaften wird berichtet, daß sogar die tariflich zulässige Anwesenheitsdauer von 14 Stunden täglich noch überschritten wurde... <

Von den Mädchen wird, wie die von uns nachgedruckten Inserate zeigen, häufig keine geringe Vorbildung verlangt. »Kenntnisse am Blüfette, Erfahrung im Bedienen der Gäste, Kochkenntnisse, ja, gute Schulbildung, Schreibgewandtheit, Kenntnisse in Buchführung und Schreibmaschine. Bezahlt wird nichts, bezahlter Urlaub wird natürlich erst recht nicht gewährt, das Eingehen des einseitigen Vertrages wird entweder durchs Arbeitsamt oder durch die Not erzwungen, auf »böswilliges« Verlassen der Stellung — und »Böswilligkeit« wird in den meisten Fällen angenommen — steht Unterstützungssperre.

Ein Sklavinnenhandel, wie er raffinierter kaum gedacht werden kann — und doch nur eine Teilbranche in dem ungeheuren Schiebergeschäft, das die braunen Menschenhändler auf Kosten der Arbeiterschaft betreiben.

Verlängerte Amtsdauer der Vertrauensräte

Ernennung durch die Treuhänder

Nachdem die Vertrauensratswahlen, die zum 3. und 4. April vorgesehen waren, plötzlich abgeblasen werden mußten, ist durch ein besonderes Gesetz die Amtsdauer der Vertrauensräte bis zum 30. April 1937 verlängert worden. Im »Deutschen Arbeitsrecht« wird jetzt die neu entstandene Rechtslage einer interessanten Untersuchung unterzogen. Zunächst wird nochmals versichert, daß die Verschiebung der Vertrauensratswahlen mit Rücksicht auf die sog. Reichstagswahl notwendig geworden wäre.

»Unter diesen Umständen hätte es eine Zerspaltung des Einsatzes bedeutet, wenn durch eine fast gleichzeitig stattfindende Vertrauensratswahl das Interesse auch nur zu einem kleinen Teil von der Reichstagswahl abgelenkt worden wäre.«

Dabei weiß jedes Kind, daß die Nazis allen Anlaß hatten, die Mißstimmung der Betriebsbelegschaften, wie sie bei der Vertrauensratswahl zum Ausdruck kommen mußte, zu fürchten. Es ist deshalb fraglich, ob die Verschiebung des Wähltermins um ein ganzes Jahr nicht überhaupt die Beseitigung dieser Betriebswahlen einleiten soll. Die juristischen Spitzfindigkeiten im »Arbeitsrecht« können diese Vermutung nur bestärken.

Es wird darauf verwiesen, daß nach dem AOG § 64, Abs. 2, der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister befugt gewesen wäre, auf dem einfachen Wege einer Durchführungsverordnung eine Vorschrift für die Verlängerung der Amtsdauer zu erlassen. Wenn die Anordnung dennoch durch ein besonderes Gesetz verfügt worden ist, so ist bereits zu erkennen, daß es wohl um mehr als die zeitliche Verlängerung der Amtsdauer geht. Auch das »Arbeitsrecht« betont:

»Bei der Bedeutung dieser Bestimmung (§ 11 AOG über das jährliche Stattfinden der Wahl, D. V.) für das gesamte Arbeitsleben erschien es jedoch zweckmäßig, die der Wichtigkeit dieses Staatsaktes mehr entsprechende Gesetzesform zu wählen. Das hat außerdem den Vorteil, daß alle im einzelnen geäußerten Zweifel darüber, ob im Wege des § 64, Abs. 2 (Ermächtigung des Arbeitsministers für Durchführungsbestimmungen D. V.) das Arbeitsordnungsgesetz selbst geändert werden kann, für diesen Fall gegenstandslos geworden ist.«

Die grundlegende Bestimmung, wonach die Wahl jährlich stattzufinden hat, ist somit durch ein Gesetz aufgehoben. Auch das AOG, diese »Magna Charta«, ist nur ein Fetzen Papier. Die Auslegung des neuen Gesetzes erwähnt weiter ausdrücklich:

»Sonstige Vorschriften des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit werden durch das Gesetz vom 31. März 1936 nicht abgeändert.«

Damit wird vor allem festgestellt, daß wohl die Zuspätschiebung der Wahl aufgehoben ist, aber die Ernennungsbefugnis der Vertrauensräte durch die Treuhänder bestehen bleibt. Es wird sogar noch daran erinnert:

»Der Treuhänder kann nach § 14, Abs. 2 und § 15, Vertrauensmänner der einzelnen Betriebe berufen und abberufen.«

Ob der Treuhänder den gesamten Vertrauensrat abberufen und neu bestellen will, ist seinem pflichtgemäßen Ermessen überlassen. Da die Wahl nicht erfolgt ist, gewinnt diese Vollmacht des Treuhänders jetzt erst ihre volle Bedeutung.

»Wenn es bisher unter Umständen zumutbar erschien, daß ein Vertrauensmann, der seinen Aufgaben nicht ganz gerecht wurde, ohne daß grobe Pflichtverletzungen vorlagen, im Hinblick auf den baldigen Ablauf seiner Amtsdauer im Amt belassen wurde, können jetzt solche Fälle in anderem Licht erscheinen... Unter diesen Umständen wird der Treuhänder im Rahmen seines pflichtgemäßen Ermessens dieser durch das Gesetz vom 31. März 1936 geschaffenen Verlängerung der Amtsdauer Rechnung tragen und... entsprechend entscheiden müssen.«

Die praktische Auswirkung des neuen Gesetzes zur »Verlängerung der Amtsdauer« ist demnach, daß die für das Regime lästige Wahl vermieden und die Reinigung der Vertrauensratsinstitution den Treuhändern übertragen ist.

Nur in einem Falle werden die Befugnisse des Treuhänders durch das neue Gesetz beschränkt, nämlich dann, wenn sich infolge der Kriegskonjunktur die Gefolgschaft vermehrt, verdoppelt oder verdreifacht hat. In diesen Fällen, bei denen nach § 7 des AOG eine Erweiterung und Ergänzung des Vertrauensrats erfolgen müßte, erklären die Nazi-Juristen: es muß bei dem bisherigen »Rechtszustand« verbleiben.

»da das Gesetz vom 31. März 1936 keine besondere neue Berufungsmöglichkeit für den Treuhänder der Arbeit schafft.«

Hätte die Wahl stattgefunden, so wäre die Ergänzung vorgeschrieben gewesen, mit dem Ausfall der Wahl unterbleibt auch die Vermehrung der Zahl der Vertrauensräte.

So ganz nebenbei werden auch die Arbeiter im Saarland um die ohnehin dürftigen Rechte der Vertrauensräte und ihrer Wahl betrogen. Durch das neue Gesetz vom März 1936 ist nämlich gleichzeitig die Anordnung zur Ueberleitung des Arbeitsrechts im Saarland vom 31. Januar 1936 aufgehoben worden.

»In der Verordnung zur Ueberleitung des Arbeitsrechts im Saarland war zunächst die Wahl von Vertrauensräten noch nicht vorgesehen, sondern an ihre Stelle durch die Verordnung vom 28. März 1935

Betriebsausschüsse eingesetzt worden, die nicht gewählt, sondern vom Führer des Betriebes im Einvernehmen mit den Betriebswaltern der Arbeitsfront aufgestellt worden sind. Ihre Aufgabe war demnach enger, als die der Vertrauensräte nach dem AOG.«

Durch die Verordnung vom 31. Januar 1936 war verfügt worden, daß die Vertrauensratswahlen im Saarland zugleich mit denen im übrigen Reichsgebiet stattfinden sollten. Diese Zusage ist nun zurückgezogen. Eine fünfte Verordnung zur Ueberleitung des Arbeitsrechts im Saarland bestimmt vielmehr, daß die von den Unternehmern ernannten Betriebsausschüsse »zu Vertrauensräten erklärt« werden.

So ist im Saarland auch nicht einmal eine erstmalige Wahl der Vertrauensräte erfolgt. Im übrigen Reichsgebiet werden die vorher gewählten Vertrauensräte durch die Treuhänder nach »pflichtgemäßem Ermessen« abberufen. Ob die Nazis nach diesem Erfolg bei der »Verlängerung der Amtsdauer« jemals noch Neuwahlen anordnen werden, ist höchst zweifelhaft geworden.

In den soeben erlassenen 10 Geboten für die Betriebsgemeinschaft heißt es hinsichtlich der Vertrauensräte im 4. Gebot:

»Seid beste Kameraden und Berater eures Führers des Betriebes.« Es wird schon sicher sein, diese Auswahl den Treuhändern zu überlassen, bei Wahlen durch die Gefolgschaften könnten immerhin Wahlfälle passieren.

Mädchenelend im Dritten Reich

„Haustochter gesucht!“ — Sklavinnen zu billigsten Preisen

In den Berichten der Gewerbeaufsichtsbehörden las man vor einigen Wochen die Klage:

»Es mehren sich leider die Fälle, in denen versucht wird, durch Bezeichnung der weiblichen Gasthausangestellten als Haustochter, Stütze o. dgl. sich den gesetzlichen Verpflichtungen zu entziehen.«

Wir haben die Anzeigenteile einiger deutschen Zeitungen durchblättert und haben festgestellt, daß es in der Hauptsache die nationalsozialistischen Parteiblätter sind, in denen unter der Spitzmarke »Haustochter« willige Ausbeutungsobjekte für Gastwirtschaften, Pensionen und Privathaushalte gesucht werden. Ausbeutungsobjekte, denen man ohne jede Vergütung (»schlicht um schlicht«) oder für eine Taschengeld eine ordentliche Arbeitslast aufpacken kann. Einige Beispiele seien angeführt:

Aus der »Westfälischen Landeszeitung«, amtliches Blatt der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei:

Zur Erlernung der Küche und Haushalt junges Mädchen, n. u. 17 J., für bald ges. Schlicht um schlicht. Hotel-Pension...

2 junge Mädchen w. z. 1. od. 15. 4. zur grdl. Erlern. d. Küche u. d. Haush. auf 1 J. gesucht, schlicht u. schlicht. Gasthaus...

Gesucht für sof. arbeitsfr. junges Mädchen zur Erlern. des Hotelhaushalts. Kennnt. am Blüfett bevorzugt. Taschengeld. Fam.-Anschluß. Off. m. Bild an...

Jg. ev. Mädch. etw. schreibgew., am liebsten Kriegerwaise, als Haustochter gesucht. Ang. mit Lichtbild u. ...

»Preußische Zeitung«, Amtliches Nachrichtenblatt und Parteiblatt, Königsberg:

Jung. ges. Mädch. m. gut. Schulbild. n. unt. 18 J., als Haustochter. Etwas Erfahrung in Buchführung und Schreibmasch. erw. bei...

Suche v. sof. od. später kinderlebe Haustochter nicht unter 18 J., die auch

kochen kann. Ang. mit Bild u. Gehaltsanspr. an....

Suche von sofort eine Haustochter, die auch im Lokal Gäste bedient. Lichtbild erwünscht. Angebote unter...

Für Küche u. Geschäft zu eri. frdl. ehrl. Haustochter ges., die sich auch z. Bed. der Gäste eign. Famil.-Anschluß, oh. gegenseit. Verg. ...

Das ist die Ernüchterung weniger Nummern, und wir haben uns auf zwei Parteiblätter beschränkt. Man multipliziere das Ergebnis mit den vielen hundert braunen Gewächsen im Reich, die samt und sonders gleichartige Anzeigen bringen, während in der gleichgeschalteten Presse meistens bezahlte Hausmädchen — nicht selten über 45 Jahre alt, also für nichtarische Haushalte — gesucht werden. Die Inserenten versprechen sich offenbar mehr Erfolg, wenn sie ihre Ausbeutungsofferten in den nationalsozialistischen Partei- und Amtszeitungen veröffentlichen. Mit Recht, denn dort werden sie von den Arbeitsämtern beachtet, die dann ihrerseits die bei ihnen gemeldeten Mädchen zwangsweise — mit der Drohung, sie sonst von der Vermittlung auszuschließen — in die unbezahlten Stellungen treiben.

Ein treuer Leser gerade der Parteipresse war es auch, der kürzlich im Briefkasten der »Preußischen Zeitung« anfragte, ob eine Haustochter krankenversicherungspflichtig sei. Die Antwort lautete:

Das Haustochterverhältnis ähnelt dem Volontärvertrag. Es liegt kein Lehrvertrag vor, danach ist die Haustochter krankenversicherungsfrei, da sie in dem Personenkreis, der in § 165 ff Reichsversicherungsordnung genannten Krankenversicherungspflichtigen nicht erfaßt wird.

Soweit freie Unterkunft und Verpflegung gewährt werden, können diese Leistungen entgegen den sonst im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht geltenden Grundsätzen vom Naturallohn nicht als Entgelts-

Zeitschrift für Sozialismus

Das Mahett der wissenschaftlichen Monatsschrift der reichsdeutschen Sozialdemokratie enthält folgende Aufsätze:

Fritz Aisen: Volksfrontwahlen in Frankreich

Die Krisis des Völkerbundes

Alexander Schilrin: Militärische Tatsachen nach dem Locarno-Buch

Kurt Marso: Der Etatismus

Glossen / Buchbesprechungen

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt durch die Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad. Preis des Heftes 4 Kz.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechovalokia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kz 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kz 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kz 2.— (Kz 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belga 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Dänzig Guild. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschoslowakien: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechovalokische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechovalokische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.